

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 224.

Mittwoch, den 25. September 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Zum Parteitag in Lübeck.

In der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ schreibt Genosse A. Bebel:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wird den 22. d. Mts. in Lübeck beginnen. Die Tagesordnung, die der Parteivorstand veröffentlichte, enthält keinen Gegenstand, der von vornherein auf lebhafteste Debatten und Auseinandersetzungen schließen läßt. Außer den Punkten, die jeder Parteitag auf seiner Tagesordnung hat, ist der einzige, der auf Beschluß des vorjährigen Parteitags in Mainz neu hinzugefügt wurde: die Wohnungsfrage. Hierzu von Parteivorgesetzten Stellung zu nehmen ist notwendig, nachdem in den letzten Jahren die Wohnungsfrage eine immer akutere Gestalt angenommen hat und sowohl die Gemeindevertretungen wie die sonstigen parlamentarischen Körperschaften genöthigt wurden, sich mit derselben zu beschäftigen.

Die bisherigen Erörterungen über die Wohnungsfrage in der Parteipresse, auf Provinzialparteitagen und in den parlamentarischen Körperschaften haben gezeigt, daß hier und da Meinungsverschiedenheiten unter uns vorhanden sind über den Werth und die Tragweite der bürgerlichen Wohnungsreformversuche und über die Stellung, welche wir als Sozialdemokraten diesen gegenüber einzunehmen beziehungsweise zu vertreten haben. Solche Differenzen in der praktischen Betätigung müssen vermieden werden, und sie werden künftig sicher vermieden, nachdem der Parteitag sich über die Frage ausgesprochen und in einer entsprechenden Resolution die Richtschnur für unser Handeln in der Zukunft vorgezeichnet hat.

Eine Erregung in Parteikreisen hat die Ankündigung in der provisorischen Tagesordnung des Parteivorstandes hervorgerufen, wonach neben den öffentlichen Sitzungen des Parteitags auch geschlossene Sitzungen stattfinden sollen zur Erörterung von Presse- und Kolportageangelegenheiten. Auch die linksstehende bürgerliche Presse sah sich veranlaßt, über diese Ankündigung herzufallen und den Vorschlag so darzustellen, als handle es sich um einen Verrath an den unwandelbaren Grundtönen der Demokratie, obgleich gerade die Parteitage der bürgerlichen Demokratie wie der anderen bürgerlichen Parteien die geschlossenen Verhandlungen zur Regel und die öffentlichen zur Ausnahme machen. Aber wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe, so heißt es auch hier, und ausnahmsweise soll diese Auffassung acceptirt werden.

Die Erregung in Parteikreisen, zu der man merkwürdiger Weise sich erst durch die Aeußerungen bürgerlicher Blätter verleiten ließ, wäre kaum entstanden, vergegenwärtigte man sich erstens, daß der Vorstand nur einen provisorischen Vorschlag machen kann, den ohne gute Gründe keine Mehrheit eines Parteitags acceptirt, und zweitens, daß der Vorstand in seiner Zusammensetzung doch so viel Vertrauen beanspruchen darf, daß heißt, daß er einen Vorschlag nicht macht, der mit den demokratischen Grundsätzen in Widerspruch steht, das heißt, daß er eine Verhandlung in geheimer Sitzung zu pflegen wünscht, die ihrer Natur nach vor dem Forum der Gesamtpartei und damit vor der breiten Oeffentlichkeit erörtert werden muß. Einige dieser ängstlichen Seelen gingen sogar so weit, zu vermuthen, es handle sich bei dem Vorschlag des Vorstandes um Veranlassung eines geheimen Referendums, sei es über Personen oder Organe der Partei. Hätte bei irgend einem Mitgliede des Parteivorstandes eine solche undenkbare Absicht bestanden, sie wäre von allen übrigen Mitgliedern bekämpft worden, und zwar schon aus dem einfachen Grunde, weil sich keine Parteitagmehrheit finden würde, die einem solchen Vorschlag ihre Zustimmung gebe. Der Vorschlag, der schon seit mehr als einem Jahre im Parteivorstand erörtert wurde, hat sich endlich zu einem Antrag verdichtet, weil in der geschäftlichen Organisation der Verbreitung unserer Pressezeugnisse sich Verhältnisse herausgestellt haben, die einer Abhilfe dringend bedürfen, soll die Partei nicht in steigendem Maße darunter leiden; da hierbei auch persönliche Interessen eine Rolle spielen und vielleicht nicht angenehme Erörterungen hervorgerufen können, erschien der Vorschlag einer geschlossenen Geschäftsitzung als zweckmäßig und wünschbar. Es ist anzunehmen, daß wenn der Parteitag die Gründe für den Vorschlag des Parteivorstandes ausführlicher hört, er ohne jedes Bedenken demselben seine Zustimmung giebt. Außerdem kann der Parteitag, der souverän ist, jeden Augenblick die nichtöffentliche Sitzung schließen und die öffentliche wiederherstellen, sobald dieses ihm angemessen erscheint.

Es ist ferner mehrfach getadelt worden, daß der Parteivorstand nicht eine Diskussion über den Polltarif auf die Tagesordnung des Parteitags setzte. Als aber der Vorstand über die Tagesordnung beschloß, war der Tarifentwurf noch nicht bekannt, und ob er bis zum Parteitag bekannt werden würde, konnte mit Bestimmtheit nicht angenommen werden. Nachdem nunmehr der Entwurf in Folge einer zu begründenden Indiskretion der Oeffentlichkeit vorliegt und derselbe

weit schlimmer ausgefallen ist, als selbst die ärgsten Pessimisten annahmen, ist es selbstverständlich, daß der Parteitag einer Erörterung desselben nicht aus dem Wege geht, sondern scharfe Stellung zu demselben nimmt.

Ob es sich auch empfiehlt, wie mehrfach gewünscht wird, das Thema: „Kraich und Krise“ auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen, ist zweifelhafter. Das eine Kraich vorhanden ist, bestreitet Niemand, zu welcher Dauer und zu welchem Umfang sie sich auswächst, kann Niemand mit Bestimmtheit angeben. Daß sie aber bis zum nächsten Parteitag wieder einer Aufschwungsperiode Platz gemacht hat, glaubt wohl Keiner. So dürfte es unter bewandten Umständen sich empfehlen, die Erörterung dieser Frage zu vertagen, die zu erörtern und auf ihre Ursachen zu verfolgen zunächst Aufgabe der Parteipresse ist.

Gewisse Vorgänge der letzten Monate beziehungsweise des letzten Jahres, die in Parteikreisen vielfach Mißstimmung erzeugten, und mit dem Ausreten einzelner Parteigenossen zusammenhängen, sind ebenfalls Gegenstand von Anträgen in Parteiverfammlungen geworden. Auch hierüber wird der Parteitag Beschluß fassen und seiner Gewohnheit gemäß einer Erörterung nicht ausweichen. Es ist von jeher die Aufgabe der Parteitage gewesen, nicht nur Mittel und Wege in der Richtung unserer Ziele für die weitere Betätigung der Parteigenossen zu finden und zu empfehlen, sondern auch Meinungsverschiedenheiten tieferer Art zu erörtern und sein Urtheil darüber abzugeben. Das ist nicht immer eine angenehme, aber eine nothwendige Aufgabe, um so nothwendiger, wenn die Gegner der Partei aus solchen Vorkommnissen die Waffen geschmiedet bekommen zum Kampfe gegen uns. Wie lebhaft aber immer die Erörterungen werden mögen, die sich an den einen oder anderen Punkt der schließlich festgesetzten Tagesordnung knüpfen, die Partei hat den Vortheil davon. Keine Partei hat seit den Tagen ihres Bestehens fast unausgesetzt so viel Streitpunkte über Prinzip, Ziele und Taktik zu erörtern gehabt, als die deutsche Sozialdemokratie. Und doch kommt keine Partei ihr an Geschlossenheit, Ueberzeugungstreue, Opfermuth und Kampfesfreudigkeit auch nur annähernd gleich. Werden auch die Differenzen naturgemäß durch Personen ausgefochten, die Zeiten sind längst vorbei, daß nach Ansehen der Person die Partei entscheidet. Die Person ist nichts, die Sache alles.

So werden auch diesmal in der alten Hansestadt an der Ostsee, die einst einer der stärksten Stütze eines freien Bürgerthums war und heute eine der festesten Burgen der Sozialdemokratie geworden ist, die Männer und Frauen, welche die Partei als ihre Vertrauenspersonen nach dort entsendet, zu thun wissen, was der Partei frommt.

Die Zeiten sind ernst. Die Hab- und Raubgier einer herrschenden Klasse setzt ihren mächtigen Einfluß daran, in erster Linie dem deutschen Proletariat das Blut abzuzapfen durch eine unerhörte Vertheuerung seiner nothwendigsten Lebensmittel. Auf der anderen Seite hat die Produktions- und Austauscharchie der bürgerlichen Gesellschaft wieder eine Krise heraufbeschworen, die Hunderttausende auf nicht abzusehende Zeit zur Arbeitslosigkeit verdammt, Millionen die Bühne Hunger und Noth und Elend in die weitesten Kreise trägt, damit aber auch Jedem mit Flammenschrift die Nothwendigkeit vor Augen führt, sobald als möglich eine soziale Organisation zu schaffen, die der Noth, dem Elend, der Unterdrückung und Ausbeutung ein Ende macht.

In dieser Zeit der schweren Noth ist die Sozialdemokratie für immer mehr Millionen der einzige Hoffnungster, der ihren dunklen Weg erleuchtet, ist sie die Macht, der sie vertrauen und auf die sie bauen.

Der Lübecker Parteitag wird zeigen, daß die Sozialdemokratie des Vertrauens würdig ist, das alle diejenigen ihr entgegenbringen, die unter der bestehenden sozialen Ordnung leiden, die jaen ohne zu ernten, arbeiten ohne die Früchte ihrer Arbeit genießen.

An die Genossen...

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Lübeck, den 22. Septbr. 1901.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

In geschlossener Sitzung wird Punkt 1b der Tagesordnung „Presse, Literatur und Kolportagewesen“ in der von Singer in der Vorversammlung festgestellten Grenze, berathen.

Die dazu vorliegenden Anträge 42, 50 und 103 werden ausreichend unterstützt.

Singer giebt als Referent einen Ueberblick über den heutigen Stand der Parteipresse im Vergleich zum Jahre 1899; er berichtet über die Abonnentenzahl sowie über die Einnahmen und Ausgaben der Parteiorgane. Der Haupttheil seiner Ausführungen gilt denjenigen Blättern, die mit Unterbilanz arbeiten. Angesichts der wirtschaftlichen Krise sei besondere Vorsicht in finanzieller Hinsicht geboten, die Rathschläge und Warnungen der Parteileitung müßten mehr

beachtet werden. Ein unvorsichtig gegründetes, schlecht fundirtes Blatt könne der Parteibewegung des betreffenden Ortes unter Umständen höchst verderblich werden. Solche Zustände weiter zu fördern, betrachte die Parteileitung nicht als ihre Aufgabe. Der Referent wendet sich sodann zu der Frage des Vertriebs der Parteiliteratur und bedauert, daß die Verbreitung älterer, grundlegender Parteischriften von Jahr zu Jahr mehr zu wünschen übrig lasse. Die bisherige Gestaltung der Kolportage habe nicht die gehegten Erwartungen erfüllt. Unsere Parteikolportage verstehe es nicht, unter den uns fernstehenden Kreisen unsere Literatur zu verbreiten. Hoffentlich werde bald eine Gesundung eintreten. (Beifall.)

Antrag 42 wird nicht begründet.

Den Antrag 50 begründet Rudolph-Nürnberg. Die Parteiliteratur werde völlig ungenügend vertrieben. In der Worte: „Viele Parteikolportage betrachten es als persönliche Beleidigung, wenn man bei ihnen etwas bestellt“ liege ein Körnchen Wahrheit. Der Antrag sei vielleicht nicht präzise genug gefaßt, er könne aber durch Amendements verbessert werden.

Berard-Hamburg führt zur Begründung des Antrags 103 aus, daß die „Neue Welt“ von Jahr zu Jahr ein Schmerzenskind der Partei gewesen sei. Durch die Schaffung neuer Unterhaltungsblätter an verschiedenen Orten erwache ihr eine große Konkurrenz. Man könne natürlich nicht verlangen, daß jedes Parteiblatt eine Unterhaltungsbeilage hat, aber diejenigen Blätter, die eine Unterhaltungsbeilage bringen, müßten im Interesse der Partei verpflichtet werden, die „Neue Welt“ beizulegen.

Die Diskussion wird eröffnet.

Windhoff-Düsseldorf verteidigt die Umwandlung des Düsseldorfer Kopfblattes in ein selbstständiges Organ. Auer habe zwar geschrieben, es sei jetzt so weit gekommen, daß jedes Dorf in Deutschland ein eigenes Organ haben wolle, aber Auer sei wahrscheinlich so mit Arbeiten überhäuft, daß er nicht wisse, daß Düsseldorf ein Dorf von 220 000 Einwohnern, also das größte Dorf Deutschlands sei. (Heiterkeit.) Zum mindesten könnten die Düsseldorfer Genossen die moralische Unterstützung der Parteileitung beanspruchen. Dann sei das Blatt zu halten.

Eberle-Barmen bedauert die Düsseldorfer Gründung. Alle Versuche der Eberfelder, sich mit den Düsseldorfern zu verständigen, seien an deren Hartnäckigkeit gescheitert. In der Berlegenheit wollten sie jetzt die Schuld den Eberfeldern aufbürden.

Jengsbach-Köln tritt für den ihm sehr sympathischen Antrag 103 ein und bekämpft den Antrag 42 wegen seiner unklaren Fassung. Die Ausführungen von Gerich über die Parteikolportage seien sehr berechtigt. Der Antrag 50 müsse deshalb abgelehnt werden. Redner bespricht die Düsseldorfer Angelegenheit, ebenso

Grimpe-Eberfeld (der nach dem bisherigen Gang der Debatte nicht recht versteht, weshalb die Oeffentlichkeit ausgeschlossen worden sei.) Redner, der sich auf die Seite der Düsseldorfer stellt, verbreitet sich über die lokalen Zerwürfnisse, wird aber von Singer mit der Mahnung unterbrochen, die Diskussion lieber den prinzipiellen Gesichtspunkten zu widmen.

Thiele-Halle fordert sachliche Kenntnisse für die Zeitungsverwaltungen. Rechtzeitige Erhöhung des Abonnementspreises, richtige Bemessung der Inseratenpreise, Abschaffung der Gratis-Annoncen seien die nothwendigen Maßnahmen, um den Blättern eine gesunde finanzielle Grundlage zu geben. Den Schriften, über deren geringen Vertrieb Gerich geklagt habe, sei ein aktueller Werth nicht beizumessen. Solange die wirtschaftliche Krise dauere, müsse den Vorstand jeden Zufluß zu neuen Blatgrundungen ablehnen. Dem Bestreben auf Gründung besonderer Kopfblätter müsse entgegengetreten werden.

Dr. David-Mainz wendet sich gegen Antrag 103. Die „Neue Welt“ entspricht nicht den Bedürfnissen einer Sonntagsbeilage für unsere Tagesblätter. Sie wirkt nicht propagandistisch und ist nicht aktuell. Es ist ein Irrthum, durch die „Neue Welt“ Verständnis für die neue Kunst wecken zu wollen. Dazu müßten die Illustrationen farbiger sein. (Singer ersucht den Redner, nicht zu eingehend über Dinge zu sprechen, die der öffentlichen Besprechung über die Presse vorbehalten seien.) Dazu kommen die finanziellen Bedenken. Unsere Blätter müssen sich nach der Decke strecken.

Singer: Es ist ein Antrag auf Herstellung der Oeffentlichkeit eingegangen. Hätten sich die Redner an unsern Beschluß gehalten, so wäre dieser Antrag überflüssig. Die Genossen wollen doch berücksichtigen, daß wir immer noch in der öffentlichen Verhandlung eine Diskussion über die Presse haben. Alles, was die letzten Redner, namentlich David, ausgeführt haben, hätte auch öffentlich verhandelt werden können. Die Redner wollen sich doch lieber in dieser Debatte auf die rein finanziellen Erwägungen und auf die Erwägungen über den Vertrieb unserer Literatur beschränken. Der Antrag auf Herstellung der Oeffentlichkeit wird

nachdem Bartels-Lübeck dafür und Wurm-Berlin dagegen gesprochen, abgelehnt.

Lipinski-Weipzig stimmt Gerisch zu. Die Schuld an den Mißständen trage die Abhängigkeit der in der Presse thätigen Genossen von den Preis-Kommissionen; auch stehe den Buchhandlungen zu wenig Kapital zu Gebote, sie könnten sich kein großes Lager halten. Um den Absatz von Schriften zu steigern, solle die Parteipresse mehr Besprechungen von guten Büchern bringen und dadurch die Arbeiter auf diese Erzeugnisse hinweisen.

Wurm-Berlin ist der Meinung, daß der Inhalt der Presse auch in der Provinz sich gebessert habe. Wenn trotzdem der Aufschwung hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, so liege das an der geschäftlichen Handhabung. Es fehle vielfach an geeigneten Personen zum Vertrieb der Parteiliteratur. Der Bildungshunger sei im Volke vorhanden, er müsse nur erst geweckt werden. (Zustimmung.) In den Orten, wo die Genossen für die Presse eine rege Agitation entfaltet haben, seien glänzende Erfolge erzielt. Der Umsatz unserer Parteiliteratur, selbst guter Werke, um die uns das Bürgerthum beneidet, sei viel zu gering. Die Uebernahme in Parteiregie, wie es von Nürnberg beabsichtigt wird, würde den Zustand nur noch mehr verschlechtern. Die Parteipresse nehme zu wenig Notiz von der Parteiliteratur, während sie ellenlange reklamehafte Wochenzettel bürgerlicher Verleger aus kleinlichem Geschäftsinteresse aufnehmen. (Sehr wahr!) Die „Neue Welt“ allgemein beizulegen, sei finanztechnisch unmöglich. Kleine Blätter können nicht eine so theure Beilage geben, sie stellen sich selbst ihre Beilagen billiger her.

Zum Antrag ist das Amendement eingelaufen, die Wörter „nach Möglichkeit“ einzufügen.

Ein erneuter Antrag, die geschlossene Sitzung in eine öffentliche zu verwandeln, den Thiele-Palle begründet und Kiesel-Berlin bekämpft, wird mit 96 gegen 115 Stimmen abgelehnt.

Auer bekämpft den Antrag 103 auch in der Fassung des Amendements. Wir haben keine Exekution und könnten einen solchen Beschluß nicht durchführen. Die Parteiblätter, die die „Neue Welt“ jetzt nicht beilegen, würden erklären: Nehmen würden wir sie schon, jetzt aber, woher Ihr Geld bekommt. Die Verbreitung der „Neuen Welt“ kann nur so gefördert werden, daß ein möglichst gutes und möglichst billiges Blatt geliefert wird. Die Düsseldorf'er haben meinen Brief falsch verstanden. Es steht ausdrücklich darin: das Bedürfnis in unseren industriellen Provinzen Rheinland und Westfalen nach einer Reihe guter Blätter erkennen wir in vollem Umfange an. Aber die Bewegung trägt sie noch nicht. Hier müssen wir auf die Entwicklung vertrauen. Redner schließt sich im Uebrigen den Ausführungen Wurms an.

Cohz-München bedauert die mangelhafte Unterstützung der Parteipresse durch Abonnements seitens der Genossen und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und spricht sich gegen den Antrag 42 aus, der für München eine bedeutende Mehrerhebung bedeuere. Bezüglich des Kolportagewesens stimme er Wurm und Auer bei. Mit der Zunahme der Preise sei Aufhebung des Sozialistengesetzes sei das Bedürfnis nach der weiteren Parteiliteratur bedauerlicher, aber einfacher Weise im Abnehmen begriffen. Mit der Uebernahme der Kolportage in Parteiregie sei er nicht einverstanden.

Schmid-Rostock hebt hervor, daß das Eindringen der Parteiliteratur in weitere Kreise der maßgebende Gesichtspunkt sein müsse, nicht aber der finanzielle Erfolg.

Stadthagen-Berlin hält es für wesentlich, den Betrieb unseres Kolportagewesens zu organisieren, indem wir der Entwicklung nachgehen, die der Buchhandel nun einmal in Deutschland genommen hat. Vielleicht empfehle es sich, daß mal die Leiter unserer Parteibuchhandlung zusammen treten, um eine Aenderung bezüglich der Kolportage und der Preise der Broschüren herbeizuführen.

Dr. Quast-Frankfurt a. M. bekämpft den Antrag 103. Der Parteipresse dürfe keine bestimmte Beilage aufgedrängt werden. Der Auer'sche Standpunkt, der Parteitag-täglich halber kleine Blätter in ausgedehnten Bezirken zu unterstützen, sei vom Standpunkt moderner Zeitungstechnik aus ein überwindliches. Die größeren Blätter sollten unterstützt und ihre Ausdehnung auf größere Bezirke gefördert werden, ohne daß natürlich ein Unvergleichlich geachtet werden dürfte. Die Vorwärts-Buchhandlung solle die Massenverbreitung der Parteiliteratur dadurch fördern, daß die sozialistischen Vereine dafür engagiert werden.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion, den Hoffmann-Berlin begründet und Löhrer bekämpft, wird angenommen.

Windhoff und Berard bedauern, durch den Schluß an einer Erwiderung verhindert zu sein.

Daß Schlußwort erhält:

Gerisch: Ich weiß nicht was die Genossen, die gegen Ausschluß der Deffenlichkeit waren, eigentlich von der geschlossenen Sitzung erwartet haben. Erwarteten sie etwa eine Reihe sensationeller Enthüllungen von mir? Jüngere habe ich ihnen genug gegeben. Warum hat man die Gelegenheit nicht benutzt, um sich einmal über die Forderungen des Vereins Arbeiterpresse oder über die Neue Zeit auszusprechen? Lassen Sie in Zukunft solche Gelegenheiten nicht unbenuzt vorübergehen!

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung sämtlicher Anträge (42, 50 und 103).

Es wird beschlossen, über die geheime Sitzung ein kurzes Resumé der Parteipresse und der übrigen Presse zur Verfügung zu stellen, das auch im Protokoll mit veröffentlicht werden soll.

Darauf ist die Tagesordnung der geschlossenen Sitzung erledigt.

Schluß 1 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Deutschlands Blutopfer. Deutschlands Verluste während der China-Wirren betragen nach den 18 bisher veröffentlichten Berichten bei der Marine 297 Mann, beim Expeditionskorps 379 Mann, zusammen also 676. Von der Marine sind 49 Mann gefallen oder ihren Wunden erlegen, 136 verwundet, 21 verunglückt, 89 an Krankheiten gestorben. Vom Expeditionskorps sind gefallen oder den Wunden erlegen 16 Mann, verwundet 132 Mann, verunglückt 49, an Krankheit gestorben 182. Dazu noch

fast eine dritte Milliarde sachliche Unkosten, und trotzdem kein — Notau!

Die Deutsche Volkspartei hat ihren Parteitag am Sonnabend und Sonntag in Fürth abgehalten. An Stelle des erkrankten Abg. Saenger erhaltete Leopold Sonnemann den Parteibericht. Ueber die Thätigkeit der Deutschen Volkspartei im Reichstage erstattete Bayer Bericht. Die Deutsche Volkspartei sei nicht in der Lage gewesen, Widerspruch zu erheben, als für den Mord des deutschen Gesandten Genugthuung gefordert wurde, und zwar mit gehörigem Nachdruck. Das sei Deutschland seiner Stellung unter den Völkern und sich selbst schuldig. Aber verwahren müsse man sich gegen eine uferlose Weltpolitik, gegen einen Machekrieg, gegen eine Mißachtung des Budgetrechts des Reichstages. Einige chinesische Komplimente und einige astronomische Wertzeuge zweifelhafter Herkunft seien bis jetzt der ganze Gewinn aus dem China-Unternehmen. In den fiebziger Jahren sei Beschlußfähigkeit im Reichstage die Regel gewesen. Die gegenwärtige lange Dauer der Tagungen könne eigentlich nur noch aushalten, wer 1. Junggeheile ist, 2. wer kein Geschäft hat oder als Beamter sich eines Stellvertreters errent oder aus dem Parlamentarismus selbst ein Geschäft macht, und 3. dazu weder Neben noch ein Organ für Ueberdruß und Langeweile besitzt. Zum Vortrage wurde Frankfurt gewählt. Es wurde beschlossen, das Parteistatut den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzupassen. Ueber die Wohnungsfrage erstattete Reichs-anwalt Dr. Bindorfer Bericht. Er verlangte ein Reichs-wohnungs-gesetz zum Schutze des gesunden Wohnens und trat für das Erbbaurecht ein, dessen Einbürgerung durch die Schaffung kommunaler Baukassen erleichtert werden müsse. Am Sonntag sprach Redakteur Deiser und Prof. Luidde über den Zolltarif und die Handelsverträge. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche unter Verwerfung der Lebensmittelvertheuerung im Zolltarifentwurf eine konsequente Fortsetzung der bisherigen Handels-vertragspolitik fordert. Dr. Gräber-Berlin beschwerte sich darüber, daß Prof. Luidde die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, die im württembergischen Landtag für Erhöhung der Getreidezölle gestimmt habe, zu vertheidigen suche. Nach einem Referat des Abg. Konrad Kaufmann über Eisenbahnpolitik und Eisenbahntarife wurde einstimmig eine Resolution für Herabsetzung der Eisenbahntarife und gegen die stants-rechtliche Verwaltungsgemeinschaft zwischen den einzelnen Bundesstaaten angenommen. Die Wohnungsfrage soll auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags gesetzt und dann eingehend behandelt werden. Hierauf wurde der Parteitag geschlossen.

Mit 350 typhuskranken Chinatruppen an Bord ist nach der „Köln. Zeitung“ am Mittwoch in Bremerhaven der Hamburger Dampfer „Batavia“ eingetroffen. Die Zahl der Erkrankten ist von 152, die in Zafu an Bord kamen, während der Reise auf 350 gestiegen, weshalb auch der Offizier-Speisekessel mit als Krankensaal eingerichtet werden mußte. Täglich fand eine eingehende Untersuchung aller Mannschaften an Bord statt, und nur dieser großen ärztlichen Umsicht war es nach der „Köln. Zeitg.“ zu danken, daß von dem über 2000 Köpfe starken Transport nicht noch ein größerer Prozentsatz krank in die Heimath zurückgeführt ist. (350 von 2000! also jeder sechste Mann war krank!) Der Dampfer „Batavia“ bleibt drei Wochen in Bremerhaven, um nach gänzlicher Entloshung gründlich desinfiziert zu werden. — Die Segnungen unserer Weltpolitik machen sich in immer deutlicherer Weise fühlbar.

Kleine politische Nachrichten. Auf Antrag der Staats-anwaltschaft wurde in Berlin das Pariser Wochenschriftblatt „Le journal pour tous“ wegen Verleumdung des deutschen Kaisers beschlagnahmt. Aus demselben Grunde wurde die Beschlagnahme einer Nummer der „Wiener Arbeiterzeitung“ verfügt, die einen satirischen Artikel aus dem Tagebuche des Prinzen Johann enthielt. — Der verantwortliche Redakteur des Anarchistenblattes „Neues Leben“, Keller Otto Pamp, wurde verhaftet, und die Nummer mit dem Artikel über das Attentat auf Mac Kinty beschlagnahmt. — Die Strafkammer in Thorn verurtheilte den früheren verantwortlichen Redakteur der hier erscheinenden „Gazeta Codzienna“, von Ergasinski, jetzt in Hochum, wegen Verleumdung der deutschen Postbeamten zu 2 Wochen Gefängnis. In einem Artikel gemaueter Zeitung vom 4. Mai wurde den Postbeamten Unwissenheit und Stumpfheit vorgeworfen. — Aus Budapest meldet das „N. Z.“: Sonntag erfolgten hier an zwei Stellen Zusammenstöße zwischen Zivilpersonen und Militär, die zu argen Straßenschlachten führten. Eine Person wurde getödtet, 3 Lebensgefährlich, 5 schwer und 20 leichter verwundet. Die Polizei vermochte erst nach Ankauf militärischer Hilfe Ordnung zu schaffen. 40 Verhaftungen wurden vorgenommen. — Auf einem dem Fürken von Montenegro gehörigen kleinen Dampfer wurden nach einer Wiener Meldung bei einer Fahrt auf dem Skutari-See in der Nähe der türkischen Ostküste Stereotypen von ungefähr 20 Personen aus einem hinterhalte zahlreiche Schüsse abgegeben; niemand wurde verletzt. Die montenegrinische Regierung protestierte energisch gegen diesen Angriff und die Verletzung der montenegrinischen Jagd. — Der russische Minister des Innern verbot den Einzelverkauf der Zeitung „Peterburgskaja Gazeta“ an eine Person. — Auf dem französischen Dampfer „Suzanne“ an der Küste von Kors nach Marseille zurückgekehrt ist, sollen nach einer Wollischen Meldung mehrere verdächtige Krankheitsfälle als Pest erkannt worden sein. Das Schiff hatte 180 Passagiere, darunter den früheren Minister Boicore, an Bord. — In Villajuna (Spanien) fand Sonntag ein blutiger Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Jägern, welche den Fischfang mit Schlepptreuen seitens der Kontrabandisten verhindern wollten, statt. Achtzehn Personen wurden schwer verletzt, viele leichter. Es werden weitere Verurtheile befürchtet. — In Brasilien ist eine lokale Revolution entzündet. Ein in Newport am Sonntag eingelangtes Telegramm aus Rio de Janeiro meldet, daß im südlichen Theile des Staates Mato Grosso eine Revolution gegen die Regierung ausgebrochen ist. — Die argentinische Kammer genehmigte mit 56 gegen 21 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die allgemeine Dienstpflicht.

Frankreich.

Eine Ausbreitung freiführender Grabenarbeiter berichtet „Wolfs Bureau“ aus Femeppe-les-Viege. Dort grüß, wie das offiziöse Bureau meldet, eine Anzahl ausständiger Grabenarbeiter mehrere Direktoren der Kohlen-gruben an und verfolgte sie unter Steinwürfen bis zum Bahnhof. Auch in diesen Bezirken die Ausständigen ein, zettelsamerten Thüren und Fenstertheiben und schlenderten Steine gegen den Zug, in welchen die Direktoren Platz genommen hatten. Mehrere Arbeiter wurden durch Revolver-schüsse verwundet. Nähere Nachrichten bleiben abzuwarten.

Italien.

Eine Anarchistenversammlung, an der etwa 30 Personen theilnahmen, fand Sonntag in Rom in einer Miethswohnung statt. Viele Schugleute und Geheimpolizisten waren in den Nebenstraßen vertheilt, konnten aber die Zusammenkunft selbst nicht hindern.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Ueber eine abermalige Schlaube der Engländer wird aus Kapstadt vom Sonnabend gemeldet: Kommandant Prizinger drang wieder in die Kapkolonie ein in der Nähe von Herschel. Er erstickte ein englisches Lager und eroberte zwei Geschütze. Die britischen Verluste sind 4 Offiziere und 39 Mann todt, über 150 Mann Gefangene und Verwundete. Dewet mit 2000 Mann leitete den Einfall in Natal. Die allgemeine Lage der Engländer, die als eine äußerst bedrohliche gemeldet wird, verschlimmert sich noch dadurch, daß General Botha mit 1500 Mann und begleitet von allen hervorragenden Transvaal-Burenführern sich auf dem Marsch von Ermelo ostwärts nach dem Zululand bewegt. Lyttelton befindet sich mit einer starken Streitmacht in der Nähe des Buffaloflusses. Im Uebrigen werden wie „N. Z.“ aus Middeburg (Kapkolonie) meldet, die kriegerischen Operationen in der Kapkolonie fortgesetzt. Dem neuesten Einfall einer erheblichen Anzahl von Buren, die östlich von Alival den Dranjeluf überschritten haben, wurde durch eine entsprechende Vermehrung der britischen Truppen in jener Gegend begegnet. General French hat energische Maßregeln getroffen, um einen weiteren Einfall vorzubeugen. In der Eisenbahnlinie sind von Bryburg nach Alival Blockhäuser errichtet. Die Buren erhalten Unterstützung von den Farmern, während die britischen Truppen Schwierigkeiten haben, Mittheilungen zu erlangen. Die Meinung ist allgemein, daß die Proklamation Lord Rithener's keine Wirkung gehabt habe.

Die Maßregel des General French werden zweifellos das Vordringen der Buren in der Kapkolonie nicht aufhalten können, da ein an den „Daily Express“ gerichteter Brief den Zustand in der Kapkolonie wie folgt schildert: Das ganze holländische Element in der Kapkolonie ist in Aufruhr: Kapstadt selbst ist voller Rebellen und bereits seit Wochen in Vertheidigungszustand gesetzt. Man erwartet jeden Augenblick, daß die Buren Kapstadt berühren werden. Milner erwägt die Ausdehnung des Krieges über die ganze Kolonie. Der Feind ist an beiden Küstenlinien und drang bis 40 englische Meilen vor Kapstadt. Der Hafen der Mossel-Bucht muß von britischen Kriegsschiffen beschützt werden; alle irgend entbehrlichen Truppen wurden von Kapstadt reuirt, um die Bahn südlich von Matjesfontein zu schützen. Die Delegirten, welche dem Herzog von Cornwall in Kapstadt halbtägigen, wurden 25 englische Meilen von der Mosselbucht auf ihrem Heimwege nach Dordrecht von Scheepers Kommando gefangen genommen. — Nach einer Meldung aus Kapstadt sollen die Buren sogar nach der erneuten Invasion die offizielle Annexierung der Kapkolonie und Natal (?) zwecks Durchführung des bevorstehenden sorgfältig vorbereiteten allgemeinen Holländeraufstandes beabsichtigen. Prizinger, Dewet und Botha führen gleichzeitig den Vormarsch nach Natal und der Kapkolonie aus.

Die Lage der Engländer wird von Tag zu Tag kritischer, darüber helfen selbst die wenigen mit großem Tamtam in die Welt gestreuten Siegesnachrichten Lord Rithener's nicht hinweg. In dieser Thatsache wird auch nichts geändert durch die neuerliche Meldung Rithener's, daß der Oberst Williams fast das ganze Kommando Koch westlich von Ebenburg gefangen genommen habe. 55 Gefangene wurden gemacht und der ganze Transport weggenommen. Benjan nahm bei Carolina ein Kommando von 54 Mann, darunter B. Botha, gefangen und erbeuteten 48 Wagen. — Nach einer Meldung aus Blumfontein, nach der seit vier Tagen gegen vierzig Buren des Dranjefreistaats gefangen genommen sein sollen, ändert an der ganzen Sachlage gar nichts.

Ueber Major Gough's Niederlage kommen aus Pretoria folgende nähere Mittheilungen: Während Major Gough mit drei Kompanien britischer Infanterie und 3 Geschützen zwischen Utrecht und Dunde operirte, sah er ein Burenkommando, das in der Richtung gegen die Natalgrenze marschirte. Etwa 200 Buren hatten die unweit des Bloodflusses ab. In dem Glauben, sie zu überrumpeln, drang Gough rasch vor. Ehe er indessen den Feind erreicht hatte, sah er sich von einer feindlichen Abtheilung umgangen, die, wie man glaubt, 600 bis 700 Mann stark, das Gros des Kommandos Botha bildete, von deren Nähe Gough keine Ahnung hatte. Von etwa 200 Mann britischen Soldaten entkamen 25, darunter Gough, unter dem Schutze der Nacht. Steward, der mit den Johannesburg'ern britischen Schützen im Vormarsche begriffen war, um gemeinsam mit Gough zu operieren, zog sich rechtzeitig zurück, als er sich von einer Uebermacht bedroht sah.

Die im Haag beglaubigten Gesandten und die Mitglieder des ständigen Verwaltungsrates des internationalen Schiedsgerichtshofes haben am Sonnabend von dem Präsidenten, dem Minister des Auswärtigen, Baron Melvil van Lynden eine Abschrift des Ansuchens der Buren um einen Schiedspruch mit der Mittheilung erhalten, daß er beabsichtige, das Ansuchen in der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates vorzulegen. Ueber das Datum der Zusammenberufung dieser nächsten Sitzung ist jedoch noch nichts bestimmt. In Zusammenhang damit steht wohl die Meldung des Amsterdamer „Handelsblad“, wonach die Mitglieder der Burenkommission Fischer, Wessels und Wolmarans am Freitag eine lange Unterredung mit dem Ministerpräsidenten und Minister des Innern Dr. Kuiper gehabt haben.

Wie das „Bureau Reuter“ aus dem Haag meldet, diene die Besprechung des Ministerpräsidenten Kuiper mit den Burendelegirten Fischer, Wessels und Wolmarans mit dem Zweck eines ersten amtlichen Zusammentreffens des neuen Kabinettscheis mit den anerkannten Vertretern der südafrikanischen Republiken. — Also auch das „Bureau Reuter“ erkennt noch an, daß es „anerkannte Vertreter“ der Burenstaaten giebt. Mit Bezug auf das von den Burenvertretern dem ständigen Verwaltungsrath des internationalen Schiedsgerichtshofes unterbreitete Ersuchen um Herbeiführung eines Schiedspruchs wird nach demselben Bureau in gut unter-

richtigen Kreisen als sicher angenommen, daß diese Körper-
schaft, die eine bloße Verwaltungsbehörde ist, sich werde für
unzuständig erklären müssen.

Vereinigte Staaten.

Die Anarchistenhaft in den Vereinigten Staaten zeigt genau dieselben Erscheinungen, wie sie in Europa bei ähnlichen Anlässen an der Tagesordnung waren. Von Allen überbielet „das Land der Freien“ die europäischen Staaten womöglich noch an Polizeifreien an. Eine Depesche der „Times“ aus Newyork meldet: In Folge der Entdeckung, daß Anarchisten und andere mißliebige Einwanderer auf gesähteste Pässe nach den Vereinigten Staaten gekommen sind, sollen die Einwanderungsgesetze weit schärfer als bisher durchgeführt werden. Die aus dem Auslande zurückkehrenden Amerikaner müssen im Stande sein, sich über ihre Persönlichkeit auszuweisen. Bei den Wissenschaftspassagieren soll der Nachbesitz eines Passes oder des Ausweises, daß der Inhaber amerikanischer Bürger ist, als genügender Grund zur Zurückweisung angesehen werden. — Das kann ja recht nett werden! Unzweifelhaft sind viele Amerikaner, unterwegs nach ihrer Heimath, nicht mit den sonst üblichen reisenden Papieren ausgerüstet. Diese Leute werden über ihren Empfang auf heimathlichen Boden ganz besonders erfreut sein.

Die Spezialvertheidiger des Präsidentenmörders haben nach einer Meldung der „N. Y.“ eine irrenrichtliche Untersuchung veranlaßt. Das Gutachten ist noch unbekannt, jedoch ist es wahrscheinlich, daß die Zurechnungsfähigkeit des Czolgosz konstatiert ist. — Entgegen anderweitigen, nach außerhalb verbreiteten Berichten wird dem Reuterschen Bureau aus Buffalo gemeldet, daß bei der bakteriologischen Untersuchung weder an den Kugeln, noch in der Kammer oder im Laufe von Czolgosz, Kugelvergiftung gefunden worden sei.

Wieder in Freiheit gesetzt wurden Blättermeldungen zufolge die in Chicago verhafteten Anarchisten, da keine Schulbeweise gegen sie vorlagen. Mit der Komplottsucht war es also wieder einmal nichts.

Ein Anarchist Namens Tels, der angeblich die Ermordung Carnot's und Mac Kinley's verherrlichte, wurde nach einer Meldung des „N. Y.“ in Tropes von der dortigen Polizei verhaftet.

Johann West wurde in Newtown (Long Island) in der Nacht zum Montag wieder verhaftet, während er vor einer aus 500 Köpfen bestehenden Menge sprach.

Schutz den Arbeitswilligen. Seit etwa zwei Monaten streiken in San Francisco die Hafenarbeiter der verschiedensten Kategorien. Der ganze Handel stockt und die Behörden sind der Bewegung gegenüber machtlos. Der Pacific Union Club hat nunmehr einen Fonds von 100 000 Dollars (etwa 400 000 Mk.) aufgebracht und der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt, damit 200 besonders einzustellende, wohlbewaffnete Polizeibeamte fünf Monate hindurch die Ordnung aufrecht erhalten und die heranziehenden Arbeitswilligen schützen. Das einzige Gute an der Sache ist, daß die Arbeitgeber diese „Hüter der Ordnung“ aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müssen. §

China.

Zu Peking ist Frieden eingelehrt, seit — die Boxer weg sind? Nein, seit — die Kulturapostel Europas das Feld geräumt haben. So meldet in rührender Selbstpreisfage Reuters Bureau, also eine europäische Nachrichtenagentur. Das Telegramm lautet: „In Peking ist alles völlig ruhig, seit es von den Truppen der Mächte geräumt. Die Truppen Japans halten die Ordnung aufrecht. Die Haltung der Bevölkerung ist allgemein freundlich gegen die Fremden; diese besuchen ohne Waffen alle Stadttheile und Vorstädte und werden nicht beängelt. Prinz Tsching hat heute den Gesandten brieflich mitgeteilt, die chinesische Regierung bereite die Abienung von drei Abordnungen vor, an deren Spitze ein Taoist und zwei Präfecten stehen sollen, und die Australien, Amerika, die Philippinen, Java, Borneo, Saigon und Sing pore besuchen sollen, um die dortigen Chinesen zu Reueigungen auf die Entschädigungsanleihe zu bewegen. Gleichzeitig hat Tsching die Gesandten gebeten, die chinesischen Kommissare mit Beglaubigungsschreiben versehen. Der französische Konsularagent bei der koreanischen Regierung ist in Peking eingetroffen um ein Grundstück zur Errichtung einer koreanischen Gesandtschaft zu erwerben. Der russische sowohl wie der französische Gesandte haben ihm einen Theil ihres Gebietes im Gesandtschaftsviertel angeboten.“ — Hoffentlich stören nun nicht die Missionare mit ihrer Befehrszwuth den Friedenszustand. Aber wenn sie es thun, lasse man sie endlich allein die Folgen ihres provokatorischen Treibens tragen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 24. September.

Reide Jeder den Nordhäuser Kolltabak, solange nicht die „freijungigen“ Fabrikanten, das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anerkennen! — Die Namen der Firmen, die den Vernichtungskampf aufrecht erhalten, sind folgende: C. A. Pfeiff, G. A. Panewater, Berlin u. Bona, F. C. Lerche, H. u. K. Wittig, Rothhardt u. Co., G. Hedderfen, Saalfeld u. Stein.

Achtung Schuhmacher! Infolge Differenzen ist über die Lübecker St. Lorenz-Bejohlanstalt, Inhaber Kroll, Catharinenstr. 45 und Georgstraße 32, die Sperre verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten! Die Lohnkommission. — Die organisirten Arbeiter Lübeck's werden gebeten, aus dieser Mittheilung die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.

Ein getreues Spiegelbild der wirtschaftlichen Lage bietet regelmäßig der Polizeibericht, sofern die Mittheilungen desselben bezüglich derjenigen Personen, die sich in Schutzhaft begaben, in Betracht kommt. Und da muß leider die traurige Thatsache konstatiert werden, daß die Zahl dieser Fälle in erschreckendem Maße zunimmt. Unsere bürgerliche Presse wird natürlich, wie auch nicht anders zu erwarten, in altbekannter Weise diese Opfer unserer wirtschaftlichen Verhältnisse als faule, dem Trunke ergebene Menschen hin-

stellen. Sie stellt sich auf den Standpunkt des fatten, Moral predigenden Philisters; läßt sich doch an reichgebederter Tafel so leicht urtheilen über einen hungernden und frierenden Menschen. Wir wissen jedoch, daß thatsächlich so mancher „heruntergekommene“ Mensch ein Produkt seiner Lage, ein Produkt unserer heutigen Wirtschaftsmisere ist. Und das wird auch wohl der Fall sein bei jenen 4 Personen, die sich hungernd und frierend in der Nacht zum Montag in Schutzhaft begaben. Sie haben keine Heimath, kein schützendes Obdach, wo sie ihre durch die Entbehrung so müden Glieder ausstrecken können. Hoffentlich ist jene Zeit nicht mehr allzu fern, wo auch diese Varias der Gesellschaft eine bleibende Stätte ihr eigen nennen können, wo gebrochen werden wird mit dem Ueberfluß auf der einen und dem Mangel auf der anderen Seite.

pl. Herrenloser Hut. Einem in Bremen verhafteten Einbrecher wurde ein ziemlich neuer schwarzer Hut abgenommen, dessen Eigenthümer nicht ermittelt werden kann. Da die Vernehmung besteht, daß der Einbrecher mit einem gleichfalls verhafteten Komplizen auch in Lübeck Gastrollen gegeben hat, wird der eventuelle Eigenthümer des bei der Firma F. Reimann, Lüneburg, gekauften Hutes, falls derselbe hier domicilirt, ersucht, sich bei dem Polizeiamt zu melden.

Ein brennender Papierkorb wurde am Sonntag auf dem Jerusalemberge aufgefunden. Es handelt sich hier um einen seitens des Polizeiamts in den Wallanlagen aufgestellten Korb zur Aufnahme der Pavierabfälle. Ob hier Vorfälle oder Fahrlässigkeit vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Gehoben wurde am Sonnabend Abend der vor einigen Tagen bei der Brauerei Walkmühle mit einer Ladung Gerste gekaufene Kahu. Die beschlagnahmte Ladung findet als Viehfutter Verwendung.

Strafkammerurtheil vom 23. September. Ein schlimmer Missethäter ist der zwölfsährige vorbestrafte Schulknabe A., der Ende Mai den Eheleuten Et. in Bronsdorf ein Portemonnaie mit 2,50 Mk. entwendete, dasselbe jedoch auf Vorhalten seiner Mutter wieder herausgab. Trotz exemplarischer Bestrafung seitens der Mutter ließ er sich doch nicht abhalten, am 10. Juli in der Schule zu Reudorf-Bronsdorf aus dem Pult des Lehrers 2,00 Mk. zu entwenden und das Geld zu vernichten. Am 30. Juli arbeitete er mit seinen Eltern auf dem Felde. Diese schickten ihn während der Mittagszeit nach Hause, damit er Erbsen holen solle. Als der Knabe an dem Hause der Eheleute S. vorbeikom machte er den Entschluß, diese zu bestehlen. Gelegenheit hierzu bot ihm der Umstand, daß die Eheleute sich gleichfalls auf dem Felde befanden. Nachdem er sich durch den Stall Eingang in das Haus verschafft hatte, entwendete er aus einem Schrank 23,50 Mk. Der Diebstahl wurde entdeckt und der Angeklagte als Thäter ermittelt. Das Gericht verurtheilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis. — Eine empfindliche Strafe erhielt der Kerstoffhändler B. wegen Betruges; derselbe hat am 17. April einem Tischlergehilfen, dem er in Kost und Arbeit verschaffen wollte, auf dem hiesigen Bahnhof vorgelegen, der Schaffner könne ihm keinen 100-Markchein wechseln; dadurch wurde der Tischlergehilfe veranlaßt, dem Angeklagten 3 Mk. zu leihen. Drei Tage später hat er dann dasselbe Manöver mit einem Hausdiener gemacht, den er um 4,50 Mk. betrog. Erkennt wurde auf insgesamt 1 Jahr Gefängnis, welche Strafe mit einer in Altona verhängten 1jährigen Gefängnisstrafe zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 6 Monaten zusammengezogen wird.

kleine amtliche Nachrichten. Für die Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit der Senatoren Deede und Giers hat der Senat Senator Bertling der Vorsitz des Allgemeinen Krankenhauses beibehalten und ihm den Vorsitz in derselben übertragen. — Für die Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit der Senatoren G. A. Behn und Giers hat der Senat Senator Bertling der Verwaltung der hiesigen Wasserwerke übertragen. — Der Senat hat den früheren Hauptwärter bei der Dreibrücke im hiesigen Hafen C. H. W. Müller zum Schiffsmeister bei der Kanalbehörde ernannt und seinen Amtsantritt auf den 1. Oktober d. J. festgelegt; ferner hat der Senat den Schiffer D. G. G. Gade zum Unterlootsen ernannt. Amtsantritt 1. Oktober.

Vorwurf. Eine Gemeindeversammlung findet am Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr beim Gastwirth Schnoor in Trems statt. Da es sich u. A. auch um die Wahl eines Vorsitzenden des Gemeindevorstandes handelt, werden die Gemeindeglieder ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Palingen. Durch Feuerjgnalrufe alarmirt und dadurch in nicht geringer Aufregung versetzt wurde Sonntag Abend 7 1/2 Uhr die Einwohnerchaft Palingens. Waren doch auch von Lüdersdorf und Herrsburg her Signalarufe hörbar; weithin verbreitete sich in der Richtung nach Herrsburg ein heller Feuerchein. Die nähere Feststellung ergab, daß die Lannen des Hauswirthes Maas in Palingen auf bisher unaufgeklärte Weise in Brand gerathen waren. Dem zunächst selbstthätigen, später aber kommandirten Eingreifen der Zwangsfeuerwehr gelang es schließlich, des Feuers, ohne daß dasselbe erheblichen Schaden anrichten konnte, Herr zu werden.

Ins der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Lohn Differenzen zwischen dem Bauunternehmer Prien in Harburg und mehreren Bauarbeitern führten am Sonntag zur Arbeitseinstellung. Der Meister hatte den zwischen der Innung und den Arbeitern vereinbarten Lohn tarif durchbrochen.

kleine Chronik der Nachbargebiete. In früher Morgenstunden stürzte eine 70jährige Näherin zu Silje aus dem hochgelegenen Fenster und starb etliche Stunden später an den Verletzungen. — Seinen Brandwunden erliegen ist der Hausbesitzer Paustian in Selent, der anlässlich des Brandunglücks schwere Verletzungen an beiden Beinen davontrug. — In Keumünster wurde ein Posthilfsbote verhaftet, der einen Werthbrief über 800 Mark entwendete. — Montag Vormittag wurde in Hamburg die Hauptversammlung des deutschen Naturforscher- und Aerzte-Vereins eröffnet. — Durch einen herabfallenden Fensterrahmen erheblich verletzt wurden in Hamburg ein Bote und ein Schulmädchen. — Mit Hinterlassung bedeutender Schulden durchgebrannt ist in Altona ein bekannter Schlachter. Der Flüchtling hat sich nach Holland gewendet. — In Moorburg wurde ein Zimmermann von einem Zug überfahren und getödtet. Wie verlautet, ist der Ueberfahrene in betrunkenem Zustande auf

den Schienen zu Fall gekommen und besinnungslos liegen geblieben. Der Lokomotivführer sah den Körper auf den Schienen liegen, konnte aber den Zug nicht mehr zum Halten bringen.

Hamburg. Die Obdachlosen in den Schump-Paraden sind seitens der Polizeibehörde angewiesen worden, bis 15. September nachzuweisen, daß sie zum 1. Oktober eine Wohnung haben. Von den 17 dort untergebrachten Familien haben nur 5 eine Wohnung erlangen können. Der „Hamb. Corresp.“ theilt nun mit: „Die Polizeibehörde beabsichtigt dem Vernehmen nach bei eintretender kalter Jahreszeit die Kinder in Zwangspflege zu geben. Die Erwachsenen werden in den ungeheizten Räumen schwerlich lange ausdauern.“ Natürlich das einfachste Verfahren, um die Obdachlosigkeit aus der Welt zu schaffen. Von Rechtswegen sollte man diejenigen, die durch ihre Schandthaten-Wirthschaft auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge die Obdachlosigkeit hervorgerufen haben, zur Winterzeit in die Schump-Paraden einsperren. — Eine ganze Familie verunglückt. Ein Manufakturwaarenhändler unternahm Sonntag Nachmittag mit seiner Familie einen Ausflug in einem eigenen Fuhrwerk. Auf der Rückkehr schaute das Pferd, der Wagen stürzte um und begrub die ganze Familie unter sich. Die Verunglückten haben schwere Verletzungen davongetragen.

Neustrelitz. Es kracht! Die mecklenburg-strelitzische Hypothekbank befindet sich in Zahlungsunfähigkeit. Die Pfandbrief-Gläubiger-Versammlung, welche kürzlich stattfand, nahm im Allgemeinen einen ruhigen Verlauf. Im Laufe der Debatte wurde von verschiedenen Seiten die Ueberzeugung ausgesprochen, daß der Konkurs vermieden werden müsse. Schließlich wurde der Antrag des Justizraths Kempler angenommen, nach dem der Zinsen der vierprozentigen Pfandbriefe, welche am 1. Oktober fällig sind, bis zum 15. November gestundet werden. Außerdem wurde beschlossen, eine neue Versammlung auf den 11. Oktober einzuberufen, für deren Tagesordnung u. A. folgende Punkte vorgeschlagen worden: Beschlußfassung über die Auflösung der Gesellschaft, für den Fall der Ablehnung einer weiteren Einlösung der Pfandbriefzinsen; ferner Herabsetzung des Grundkapitals durch Reduzierung von 6 174 000 Mk. Aktien; ferner Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe von Vorzugsaktien; weiter Herabsetzung des Grundkapitals durch Zusammenlegung mit Uebertragung etwaiger bilanzmäßiger Ueberflüsse im Hypothekenspekulationsfonds und Aenderung der Statuten, Ergänzung und Neuwahlen zum Ausschuss.

Schleswig. Dänenkoller? Die königliche Regierung entthob den Pastor Matthiesen seines Amtes als Ortschulinspektor und zwar aus politischen Gründen. Worin diese politischen Gründe bestehen, ist bisher leider nicht bekannt geworden.

Wilhelmsburg. Recht chineienfeindlich scheint ein ehemaliger China-Kriegsgefangener zu sein. Als er am Sonnabend Abend im Freihaengebiet einige Chinesische Heizer antraf, fing er mit ihnen Handel an und beschimpfte sie. Schließlich wurde er sogar handgreiflich. Das Ende vom Liede war, daß der tapfere China-Kämpfer von den Jopsmännern eine wohlverdiente Tracht Prügel erhielt.

Hensburg. Zur Beendigung des Generalstreiks der Glasmacher. Sonnabend Vormittag waren zwei Glasarbeiter in der Hütte, wo sie auch von dem Fabrikanten Feldmann empfangen wurden. Nach kurzer Unterredung erklärte sich derselbe bereit, sämtliche Glasmacher wieder einzustellen, und zwar unter den alten Bedingungen, bei voller Gewährung des Koalitionsrechts. Die Ausständigen sollen Montag Nachmittag von 4 bis 6 Uhr auf dem Comptoir ihre Invalidentaxe abgeben und erklären, daß sie wieder zur Arbeit bereit sind. Unter anderen Umständen hätten die hiesigen Glasmacher auch nicht zu arbeiten angefangen, denn trotzdem seit Donnerstag Abend bekannt war, daß der Streik beendet sei, hatte sich bis zur obigen Erklärung des Herrn Feldmann nicht ein einziger zur Arbeit gemeldet. Mann für Mann waren die Glasarbeiter bereit, Widerstand zu leisten, bis annehmbare Bedingungen geboten wurden. Selbst bei ganz geringer Unterstützung durch die hiesigen Gewerkschaften wäre diese Taktik noch einige Wochen beibehalten worden. Unsere braven Kämpfer sind ehrenvoll unterlegen. Bis zum letzten Augenblick war die Parole: „Alle für Einen und Einer für Alle!“ Das feige Wort: „Rette sich wer kann!“ war völlig ausgeschloffen. Gut ab! vor solchen Kämpfern! — Diesem einmüthigen Verhalten der Glasmacher ist es auch wohl zuzuschreiben, daß der Direktor von seinem prozenthaften Unternehmerstandpunkt, den wir gestern gebührend gekennzeichnet haben, abgetreten ist.

Bremen. Die Seuchengefahr durch China-Kriegsgefangene und die Bremische Bürgerschaft. In der letzten Sitzung der Bürgerschaft machte das Bürgerchaftsmitglied Robert Meyer-Bremerhaden auf die Gefahr aufmerksam, daß durch die aus China zurückkehrenden Truppen indirekt durch die Schiffsbesatzungen Seuchen in die Hafenstädte getragen werden könnten. Er verlangte bei ansteckenden Krankheiten auch für diese Schiffe eine Quarantäne. Von dem Senatsmitgliede J. Schmidt wurde hierauf erwidert, das sei Sache der Reichsbehörde. Wenn aber auf diesen Schiffen ansteckende Krankheiten sein sollten, so müßten sie eine Quarantäne gerade wie bei anderen Schiffen durchmachen. Die „Nordd. Volksst.“ bemerkt hierzu: „Ob wirklich in dem von Herrn Schmidt geäußerten Sinne verfahren wird, erscheint uns doch recht fraglich. Die „Batavia“ liegt beispielsweise jetzt am Kaiser Wilhelmplatz am Kaiserhafen. An 1000 heimgekehrte China-Kriegsgefangene sind gestern Nacht von Bord gekommen und nach Münster weitergefahren. Heute Morgen war der Zutritt zu dem Gelände, wo das Schiff liegt, verboten. Weitere Mannschaften verließen das Schiff, theils um ins Paradenlazareth, theils um gleichfalls nach Münster transportirt zu werden. Jedenfalls befand sich unter den 155 Kranken, welche die „Batavia“ aus Ostasien mitgebracht hat, eine nicht geringe Anzahl mit ansteckenden Krankheiten Befallener. Wir glauben auch bestimmt, daß der Dampfer auf der Rede in Quarantäne hätte bleiben müssen, wenn es sich nicht um Soldaten, Jönbern irgendwelche andere kranke Passagiere gehandelt hätte.“

Bremen. Ungetreuer Passirer! Der Buchhalter Doering der Neuen Sparkasse, der im Verbauch steht, derselben 75 000 Mark veruntrent zu haben,

Sozialdemokratischer Parteitag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Lübeck, den 23. Septbr. 1901.

Erster Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet um 3 Uhr die Sitzung mit Verlesung einiger Begrüßungsschreiben.

Hierauf wird die Debatte über den Vorstandsbericht fortgesetzt.

Binickiewicz-Posen: Auf das Pamphlet, das Fel. Luxemburg vorgebracht hat, will ich nicht eingehen, ich will mich nicht blamieren, indem ich auf ein so menschenfresserisches Gerede eingehe. (Heiterkeit.) Genosse Hengsbach hat einen Brief des Genossen Morawski erwähnt. Darauf kann ich auch nicht eingehen, denn Genosse Morawski ist nicht anwesend und kann sich nicht verteidigen. — Unsere Sache geht heute besser, seitdem wir Ihre Unterstützung nicht mehr haben, denn die polnischen Arbeiter haben dadurch einsehen gelernt, daß sie für ihre Sache auch Opfer bringen müssen. Materielle Hilfe verlangen wir nicht, uns aber moralische Unterstützung zu gewähren ist eure Pflicht.

König-Vochum: Es ist zu begrüßen, daß hier die Polendebatte wieder angeschnitten worden ist. Für uns, die wir in polnischen Bezirken arbeiten, ist sie sehr wichtig. Zur polnischen Agitation sind gewiß die als Polen geborenen Agitatoren die geeignetsten. Wir hoffen, daß Genosse Saale eine bessere Verbindung der polnischen Bewegung mit der Partei herbeiführen würde. Wo er deutsch sprach, hat er das auch gethan, mir ist aber gesagt worden, daß er dort, wo er polnisch sprach, nicht in unserem Sinne wirkte. Wir denken daran, uns junge Kräfte aus den polnischen Arbeitern selbst heranzuziehen. Die Zeit für die Gewinnung der Polen ist durchaus günstig. Es herrscht in unserem Kohlenggebiet große Erregung auch gegen das Zentrum. Wir haben uns mit der Genossin Luxemburg betreffs Ausarbeitung eines Flugblattes in Verbindung gesetzt. Auch sprechen sollte Genossin Luxemburg bei uns, die Polizei hat es aber nicht gestattet. Hoffentlich sorgt der Parteivorstand dafür, daß geeigneter Ersatz nach unserer Gegenseite kommt.

Braun-Königsberg: Groth sprach davon, daß sich Landarbeiter als Produzenten fühlen; ich habe solche noch nicht gefunden. Auch die Landarbeiter fühlen sich als Konsumenten, wie die Industriearbeiter. Sie haben ja auch nichts zu verkaufen. Haben doch selbst Kleinbauern selten etwas zu verkaufen! Die Landarbeiter fürchten mit Recht, daß ihr Deputat nach Erhöhung der Zölle kleiner wird. Ich halte kein besonderes Flugblatt für die Landarbeiterinnen für notwendig, ebensowenig für die Frauen in der Industrie. Das letzte Flugblatt des Vorstandes war durchaus geeignet auch für die Landarbeiter und ihre Frauen. Wenn in der „Gazeta Robotnicza“ von einer Niederlage in Memel-Hendelung geredet worden ist, so ist das kindisch und lächerlich. Die Litthauer stellen gar nicht die Forderungen wie die Polen in einzelnen Bezirken. Wir treten nicht in die Fußstapfen der Konservativen, die sich nur dadurch helfen können, daß sie das Litthauerthum künstlich großziehen. Wir suchen uns den Litthauer als deutsche Sozialdemokraten verständlich zu machen und haben damit sogar bei den litthauischen Kleinbauern Erfolge erzielt.

Frau Zieg-Hamburg: Im Gegensatz zu Genossin Braun möchte ich dringend die Herausgabe eines besonderen Flugblattes für die Frauen befürworten. Gerade in den rückständigsten Gegenden müssen die Frauen über den ungeheuerlichen Schaden belehrt werden, der ihnen für ihren Haushalt durch die Erhöhung der Zölle erwachsen wird. Sehr häufig kommt es noch vor, daß die Frauen aus den Versammlungen, wo solche Fragen erörtert werden, hinausgewiesen werden. Daher muß für sie ein besonderes Flugblatt

geschaffen werden. Dem Verlangen Groths, auf die Landarbeiter besondere Rücksicht in diesem Flugblatt zu nehmen, soll Rechnung getragen werden. Wir müssen an Fragen, die so tief in das wirtschaftliche Leben eingreifen, bei unserer Agitation anknüpfen, dann wird es uns auch gelingen, die Frauen für uns zu gewinnen, und ich bin überzeugt, daß sich dies bereits bei den flammenden Protestversammlungen, die noch gegen den Zollwucher abgehalten werden, zeigen wird. Durch die Theilnahme der Frauen an ihnen, werden sich diese Protestversammlungen noch wirksamer erweisen und die Erfolge der energisch betriebenen Agitation unter den Frauen werden sicherlich auch bei den nächsten Reichstagswahlen zu Tage treten. (Beifall.)

Lebebour-Berlin: Ich bleibe dabei, daß wir zu einem gezielten Zusammenarbeiten mit den Polen kommen müssen. Es geht nicht, daß sich zwei sozialdemokratische Organisationen befinden. Wir müssen damit rechnen, daß bei allen Nationen Europas das nationale Empfinden auf's Höchste entwickelt ist. Das Recht der Muttersprache muß auch den Polen gewahrt bleiben. Wir würden uns unsere Muttersprache auch nicht nehmen lassen, wenn wir das Unglück hätten, unter einer fremdsprachigen Regierung zu leben. Genossin Luxemburg sagt, wir unterstützen die unterdrückten Polen auch. Das thun wir auch. Wir wollen aber der polnischen Organisation die Gleichberechtigung nicht verjagen. Das hat heute Frau Luxemburg gethan. Sie hat sich damit in Widerspruch mit ihrem eigenen Verhalten gesetzt, denn sie ist auf dem internationalen Kongress in Paris als Vertreterin der polnischen Sozialdemokratie aufgetreten. (Frau Luxemburg ruf: So lange die Organisation besteht.) Die Organisation besteht noch heute. Bisher glaubte ich, daß der Satz, Frauen haben keine Logik, auf Frau Luxemburg nicht passe. Ich habe mich zu meinem Bedauern darin getäuscht. Mir kommt es mit meiner Resolution einzig auf die Gleichberechtigung der polnischen Organisation an. Auf die Streitigkeiten der Polen unter einander gehe ich nicht ein. Ich will sogar zugeben, daß auf der anderen Seite sehr viel mehr gesündigt wird. Aber es entspricht dem Wesen des internationalen Sozialismus, daß sie das Nationale nicht erbötet, sondern als gleichberechtigt anerkannt wird. Deshalb bitte ich Sie um Annahme meiner Resolution. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird hierauf angenommen.

Singer: Während der Rede der Genossin Luxemburg hat der am Richterstattertisch anwesende Dr. Gumpłowicz mit lauter Stimme dazwischengerufen: „Gelogen, frech gelogen.“ Bei dem damals herrschenden Tumult war dieser Ausbruch hier im Augenblick nicht verstanden worden. Nach der Sitzung hat mir dann Dr. Gumpłowicz persönlich zugesagt, solche Zwischenrufe zu unterlassen. Da aber der inzwischen erschienene „Lübecker Volksbote“ diesen Vorgang aufgenommen hat, mußte ich darauf zurückkommen und muß nunmehr den Parteitag auf das entschiedenste dagegen verwarren, daß ein als Berichterstatter anwesender Genosse sich an der Diskussion betheiligt und noch dazu in einer Weise, die allen parlamentarischen Gepflogenheiten widerspricht.

Pfannkuch geht noch einmal auf die Polenfrage ein. Er sagt: Wollen die Polen sich mit uns verständigen, wir sind nicht abgeneigt mit ihnen in Frieden zu leben. Es kann aber bekanntlich der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Wir haben es erlebt, daß polnische Genossen, die sehr gut Deutsch sprechen konnten, erklärt haben, daß sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Einen solchen Fall habe ich mit dem Genossen Dylong aus Oberschlesien auf unserm Parteibureau erlebt. Gegen den Genossen Kasprac sind ehrenrührige Vorwürfe erhoben worden, die aber in keiner Weise erwiesen werden konnten. Wir haben deshalb kein Bedenken getragen, Kasprac in Posen als Reichstagskandidaten aufzustellen. Geht es den Polen jetzt nach der Trennung von uns so gut, so können sie ja mit der Trennung zufrieden sein. Der jetzige Zustand

wird so lange dauern, bis die Polen das Bedürfnis fühlen, sich uns wieder zu nähern. Wir sind bereit, die sich aus der internationalen Solidarität ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen.

Was der von Hengsbach vertretene Antrag anlangt, so muß ich trotz seiner Rede auf meinen ablehnenden Standpunkt verharren. Hengsbach kandidirt im Wahlkreis Duisburg, das verleiht ihm zu dem Ersuchen, alle Kraft auf diesen Wahlkreis zu konzentriren. Wird der Antrag Baader hier angenommen, so wird ihn der Vorstand gern ausführen. Gerisch und Meister verzichten auf das Schlußwort.

Der Parteitag ertheilte dem Parteivorstand Decharge. Der Antrag Baader-Berlin betr. Herausgabe eines Flugblattes für die Frauen wird angenommen. — Ebenso der Antrag Luxemburg, über die Resolution Lebebour (Polenfrage), zur Tagesordnung überzugehen. Die anderen Anträge werden abgelehnt.

Es werden jetzt die Anträge zum Punkt Presse verhandelt. Der Bericht des Vorstandes über die Presse soll morgen in geschlossener Sitzung erledigt werden.

Braun-Königsberg befürwortet folgenden Antrag der Genossin in Memel: Es wird allmonatlich eine Ausgabe des „Litthauischen Landbote“ in litthauischer Sprache zur Verbreitung unter der litthauisch sprechenden Landbevölkerung Ostpreußens zu einem billigen Abonnementspreise herausgegeben. Das eventuell entstehende Defizit wird aus der Parteikasse gedeckt. Wenn man auch nicht das Litthauerthum künstlich großziehen darf, so ist es doch natürlich notwendig, zu den Litthauern in ihrer Sprache zu reden.

Auf Antrag Gerisch wird dieser Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Ein Antrag Breslau, daß die Parteiblätter nur die „Neue Welt“ als Unterhaltungsbeilage beizulegen haben, wird für die geschlossene Sitzung zurückgestellt.

Nach unwesentlicher Debatte wird beschlossen, den Antrag Leyendeder-Höchst a. M., das demnächst erscheinende parlamentarische Handbuch den Vertrauensleuten und Agitatoren zum Selbstkostenpreise abzugeben, dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Büttner-Berlin empfiehlt den Antrag, den Preis des Neuen Welt-Kalenders von 40 auf 30 Pf. herabzusetzen. Gerade mit dem Kalender sei die Möglichkeit gegeben, an die Indifferenten heranzukommen.

Berard-Hamburg bittet, den Antrag abzulehnen, da bei diesem Preise ein Defizit des Kalenders die Folge sein würde. Jetzt betrage der Ueberschuß nur 5—6000 Mk. bei einer Auflage von 140 000.

Darauf wird der Antrag abgelehnt. Es findet nun eine allgemeine Diskussion über die Parteiliteratur statt.

Gradnauer-Berlin: Ich muß auf die Angriffe des Genossen Bebel, die er gestern gegen die Parteipresse und den „Vorwärts“ richtete, eingehen. Bebel meinte, wir hätten einerseits zu den Verspottungen und den Verhöhnungen blutigster Art seitens bürgerlicher Blätter geschwiegen und andererseits habe sich ein Geschrei und Gekatter über die geheimen Sitzungen erst erhoben, nachdem die „Frankfurter Zeitung“ auf das angeblich Gefährliche dieser Neuerung verwiesen. Das Letztere ist richtig, daran trägt aber weniger die Redaktion schuld, als vielmehr der Parteivorstand, der die Thatsache, daß geschlossene Sitzungen abgehalten werden sollen, in einer Notiz von vier Zeilen erwähnte. Erst gestern haben wir vernommen, welche Motive dem zu Grunde liegen und in welchem Umfange der Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen solle. In einer Zusendung des Parteisekretariats war ganz im allgemeinen davon die Rede, daß interne Angelegenheiten der Partei in geschlossenen Sitzungen verhandelt werden sollten. Es war dort verwiesen auf die Zeiten des Sozialistengesetzes. Da war die Aufregung in der Parteipresse doch nicht verwunderlich. — Weiter meinte Genosse Bebel, wir hätten für blutige Verhöhnungen der Sozialdemokratie keine offenen Augen und Ohren

Die Töchter des Kommandeurs.

Roman von Jonas Lie.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von M. Ottesen.

(4. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Nein, der Alte soll wahrlich nicht viel sagen, ehe ich nach England gehe.“ schloß Karsten eine Reihe ärgerlicher Betrachtungen. „Wir die Sunderoute da im Norden anzubieten!“

Die Mutter sollte es fühlen, daß es nicht seine Schuld sei, wenn er zu Hause bliebe.

Sie seufzte unter der Wucht dieses Vorwurfs.

„Warum muß es aber durchaus im nördlichen Norwegen sein?“ meinte sie vorsichtig, einen Ausweg suchend. „Wie wäre es hier im Süden — einen guten Staatsdampfer“

„Nächstkommandirender? Ja, es ist eben eine vergoldete Sklavenstellung... a — aber, plagen muß man sich ja überall.“

„Natürlich erst zum Frühjahr — wäre das so schlimm, Karsten?“ fuhr sie immer eifriger fort.

Frau Witt hat einen hellen Gedanken: nahm Karsten eine solche Stellung an, dann konnte sie ihn alle vierzehn Tage sehen, wenn der Dampfer hier anlegte; und die Gefahr wegen des ausländischen Dienstes war beseitigt.

Als Cäcilie zurückkehrte, war ein völliger Umschlag eingetreten. Karsten schien halbwegs für die Idee der Mutter gewonnen, und sie war ganz davon hingerissen, sprach von dem großen Einfluß des Vaters und von dem besten Dampfer

„Ich sehe dich auf der Kommandobrücke stehen, Karsten, und uns mit der Uniformmütze zuwinken — während der Vater auf dem Walle mit dem Guckel aufpaßt. Das wird etwas für deine Mutter sein, mit deinem Dampfschiff nach Christiania zu reisen!“

„O, liebste Cäcilie,“ unterbrach sie sich, „geh' hinaus und sieh nach, ob Nella sehr verstimmt ist, mein Herz! Sage ihr, du würdest heute das Vilakke anziehen und die Mama rechne bestimmt darauf, daß Nella mit dem Tollen fertig werde. Und sieh da, nimm den Kaffee mit hinaus zu ihr — und zwei Zwiebackchen...“

Jan bemerkte wohl, daß Martha mit verweinten Augen die andern in die Gesellschaft wegfahren sah.

Obgleich sie schon im Wagen Platz genommen hatte, ließ es Frau Witt nicht an Ermahnungen fehlen: Martha sollte ihre Aufgaben lernen und dann zu Bett — kein Geklumper. Sie hatte selbst den Schlüssel zum Klavier abgehoben. Jan mußte Nella die Blumen von der Gartentreppe hineintragen helfen; es würde gewiß zur Nacht kalt werden.

„Und das Abendbrot ist du auf deinem Zimmer, Jan! Du hast gewiß noch für morgen viel zu arbeiten? Nella, hänge den Haus Schlüssel in den Korridor Punkt neun Uhr. Du räumst auf und bringst alles in Ordnung, Nella!“ Sie bog sich weit aus dem Wagen heraus, um die letzten Befehle zu ertheilen, während der Wagen davonrollte.

Sollten sie im Saale ein wenig Federball spielen? Oder draußen im Hofe Reifen werfen? Im Garten Johannisbeeren essen?

Martha schüttelte nur mit dem Kopfe zu Jans Vorschlägen; das Beste wäre wohl, sich an die französische Aufgabe zu machen.

„Oder Jan, wir wollen noch ein bißchen rudern — ehe es dunkel wird?“

Sie kannte kein höheres Vergnügen als das Rudern! Er mußte aber erst die Ruderstangen borgen und das Boot losmachen. Sie wollte zu dem alten Aufseher hinlaufen und den Schlüssel holen.

Schnell wie ein Pfeil flog sie dahin, die Gütbänder

während des Laufens zubindend und war schon zurück, als Jan mit den Ruderstangen auf der Schulter angezogen kam.

Die Arbeiter hatten die Werft verlassen, und die letzten Sonnenstrahlen beleuchteten nur die Rückseite und die obersten Dächer der langen Reihe gelber Schuppen, in welchen die Kanonenboote aufbewahrt wurden. Oben am Walle warfen die fünf, sechs Signalkanonen lange Schatten. Sie standen da auf ihren altmodischen Lafetten mit hölzernen Hänischen über den Rindlöchern, hielten die Mündung in die Höhe und gaben sich eine Miene, als beschützten sie den Hafen, in welchem man einige Kriegsschiffe sehen konnte.

Jan und Martha mußten sich beeilen, wollten sie rudern; das Boot war aber halb voll Wasser. Während sich Jan mit dem Ausschöpfen des Wassers bemühte, mußte er sich unwillkürlich darüber wundern, wieviel Kraft Martha besaß.

Sie zog das schwere, wassergetränkte Boot an der Kette zu sich. Ihre Absicht war, den Fuß auf die schwere Trocke zu setzen, womit die Brigg vertaut war, die, der Reparatur bedürftig, hier vor Anker lag.

„Nun gehe ich“, rief Martha, indem sie geschickt balancierte.

„Nun gehe ich, Jan!“ kam es ängstlicher.

Sie hatte muthig den gefährlichen Gang hinüber nach dem Schiffe begonnen und konnte jetzt nicht wieder umkehren.

„Falle ich, Jan — dann achte auf mich!“ bat sie bekommen.

Sie wagte weder vorwärts noch rückwärts zu gehen, bis sie plötzlich schnell dahineilte.

„Jan!“ rief sie triumphirend, nachdem sie glücklich mit der Hand den Reibbündel in der Klüsgate der Brigg erreicht hatte. „Räumst du mir das nachmachen?“ Sie schwang sich rasch auf das Verdeck hinauf.

gehabt. Er meint jedenfalls den Vortrag des Genossen Bernstein: „Ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“ Daß der „Vorwärts“ gegenüber diesem Vortrag keine Klagen und Öhren gehabt hatte, ist nicht richtig. Er hat zweimal dazu klare Stellung genommen. Zunächst hat er erklärt, daß er den authentischen Text nicht kenne. Als dann nach längerer Zeit der Vortrag im Druck erschienen, hat der „Vorwärts“ eine scharfe Kritik desselben gebracht. Im übrigen war es ein außerordentlich fernliegendes philosophisches Gebiet, das der Vortrag behandelte, und der „Vorwärts“ ist nicht das Organ dazu, um solche Dinge zu behandeln. Schließlich war über diese ganze Frage in Hannover und früher sehr viel diskutiert und der Parteitag wäre gewiß nicht glücklich gewesen, wenn den ganzen Sommer hindurch die Bernstein-Debatte fortgegangen wäre. Das wäre unfruchtbar und nutzlos gewesen. Wir wollten auch nicht die bürgerliche Presse unterstützen, die es sich fortgesetzt zur Aufgabe macht, auf Mauerungen innerhalb der Partei zu verweisen, Auer als besonderen Staatsmann feiert usw. Wir hielten es nicht für richtig, sich in nervöser Weise aufzuregen zu lassen, durch solche Versuche einer gegnerischen Presse. — Nebrigens habe ich mich um so mehr über die Ausführungen des Genossen Bebel gewundert, als derselbe zu derselben Zeit auf der Redaktion anwesend war, als wir überlegten, wie der Vortrag Bernsteins zu behandeln sei. Damals hat er uns durchaus Recht gegeben und ich weiß nicht, warum er seine Ansicht unterdessen geändert hat. — Die Redaktion des „Vorwärts“ hat auch nach dem Tode unseres unerlässlichen Liebknecht sich redlich bemüht, das Zentralorgan im Interesse der Partei zu leiten. Um so mehr muß ich bedauern, daß unser verehrter Führer und Meister uns in solcher Weise angreift. Ich bitte den Genossen Bebel, uns wie früher auch weiter seinen wohlmeinenden Rath zu schenken, aber nicht in dieser Weise in der Öffentlichkeit gegen uns aufzutreten.

Bebel: Als ich gestern die Vorwürfe erhob, wußte ich, was ich that. Ich wollte einen Redakteur des „Vorw.“ provozieren, um dann ausführlich darauf eingehen zu können. In der Frage der geheimen Sitzungen hat mir Gradnauer zugegeben, daß ich chronologisch Recht hatte. Mehr will ich auch nicht. Gradnauer sagte dann, es sei wünschbarer, daß ich, der in Berlin wohne, den Redakteuren persönlich meinen Rath nicht vorenthalten möchte. Ich habe das auch, so oft ich konnte, gethan. Ich bin zum „Vorwärts“ wegen der Haltung in der Affäre Millerand gegangen und habe ihm gerathen, die Erklärungen von früheren Anhängern Millerands gegen ihn aufzunehmen, wie das die „Wiener Arbeiterzeitung“ gethan hat. Der „Vorwärts“ hat die Erklärungen nicht gebracht. (Hört, hört!) Dann beim Vortrag Bernsteins im sozialwissenschaftlichen Studentenverein. Thatsache ist, daß der Vortrag in der gegnerischen Presse bejubelt worden ist, Thatsache ist, daß der Vortrag überall in der Partei, auch zuletzt von Heine, sehr entschieden zurückgewiesen worden ist. Bernstein hat in dem Vortrag eigentlich geäußert, daß unsere Partei noch auf wissenschaftlichem Boden steht. In der gegnerischen Presse sind wir verhöhnt und gespottet worden deshalb. Der „Vorwärts“ hat geschwiegen, wo es seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen war, zu reden. (Hört, hört!) Die Redaktion sagte mir, es sei kein Berichterstatter da gewesen. Traurig genug, daß bei einer solchen Gelegenheit kein Berichterstatter da war. (Hört, hört!) In Hannover ist unser Standpunkt festgelegt worden. Wir konnten verlangen, daß der „Vorwärts“ auch klar Stellung nimmt. Aber man ist es jetzt gewohnt, daß man dem Gegner bei uns nicht mehr so scharf dient, wie es früher unter Sozialdemokraten üblich war. In Posenien mit der „Welt am Montag“ hat der „Vorwärts“ zweimal eine empfindliche Schlappe erlitten. Das empört mich als Parteigenossen. Genosse Bernstein hat mit dem philosophischen Vortrag keine Seide gesponnen. Es war notwendig, ihn zurückzuweisen, denn in der Partei war Verwirrung. Es fehlte die Direktive von Berlin. In München wurde Singer in einer Versammlung von einem Nationalsozialisten attackirt und er sprach mit Recht von einer reinlichen Scheidung. Ich habe es Vorkenntlich gebauert, daß er in Hamburg, in Harmer-Eberfeld Versammlungen abhielt und eine Resolution angenommen wurde, in der gesagt war, was Bernstein nun zu

thun habe, daß er nicht nur immerfort wädeln, sondern positiv mitarbeiten solle. Der „Vorwärts“ hat auch diese Resolution nicht gebracht. (Hört, hört!) Da ist mir doch die Baus in die Leber gelaufen. (Sehr richtig!) Man komme jetzt nicht als Entschuldigung mit dem todtten Liebknecht. Es giebt Dinge, die man nicht öffentlich, auch nicht in geschlossener Sitzung sagt. Ich will darüber schweigen und nur sagen: Die Vorwärtsredaktion muß auch ohne Liebknecht auskommen. (Lebhafter Beifall.)

Singer schlägt vor, nachdem Bebel die Bernsteinfrage gestreift habe, nunmehr auch alle die Anträge mit zur Diskussion zu stellen, die sich gegen die Revisionsbestrebungen und seine Programmkritik richten.

Der Parteitag beschließt demgemäß.
Dr. D u r c h - Frankfurt a. M.: Ich kann dem Genossen Bebel nicht zugeben, daß er chronologisch Recht hat. Unser Blatt wie auch andere Parteiblätter haben Stellung zu den Auslassungen der „Frankfurter Zeitung“ genommen. Die Nervosität, mit der es Bebel tadelt, daß auf den Vortrag Bernsteins in der Parteipresse nicht schnell genug reagirt worden ist, wird in weiten Parteikreisen nicht getheilt. Man hat sich nicht viel um den Vortrag Bernsteins gekümmert. Nur in Berlin und Erfurt hat man sich aufgeregt. Die ganze Sache ist des literarischen Spektakels nicht werth. In der praktischen Politik ist immer das gute alte Programm zu Ehren gekommen. Trotz Bernstein!

H o f f m a n n - Berlin: Die Ausführungen des Genossen Bebel kann ich voll und ganz unterschreiben. Auch wir haben uns gewundert, daß der Vortrag geradezu todt geschwiegen wurde. Es hätten Vorkehrungen getroffen werden müssen, daß ein Bericht über den Vortrag sofort erscheinen konnte. Die Preßkommission hat dies Versehen wiederholt monirt. Es handelt sich nicht darum, die „Welt am Montag“ zu widerlegen, die einige Leute schon beinahe für ein Parteiorgan halten, sondern darum, daß diese Sache nicht weiter todt geschwiegen werde. — Was die Bernstein-Sache selbst anlangt, so hat man gesagt: da werde man auf dem Parteitag sehen, wie der Genosse Hoffmann Bernstein wissenschaftlich widerlegt. Ich denke ja gar nicht daran, ich kann es vielleicht nicht, habe jedenfalls auch glücklicherweise nicht die Zeit dazu. Wir wollen endlich Ruhe haben und Respektirung der Beschlüsse von Parteitag. Ich möchte, um in Auer's Ton zu reden, Bernstein zurufen: Lieber Ede, arbeite mal mit, laß Deine Mängelheiten, die uns nicht vorwärts, sondern rückwärts bringen.

Bernstein - Berlin: Die Angriffe des Genossen Bebel sind vollständig ungerechtfertigt und durch nichts von dem, was ich gesagt habe, provoziert. Wie kommt man dazu, von Bernsteins Revisionsbestrebungen seit seiner Rückkehr zu sprechen? Ich lese eben in der „Neuen Zeit“, daß Genosse Adler schreibt, ich trüge meine Thätigkeit nicht nach außen, sondern noch innen. (Bebel: Sehr richtig!) Ich habe thatsächlich seit meiner Rückkehr in einer ganzen Reihe von Versammlungen Vorträge gehalten, die absolut unbeanstandet geblieben sind. Es kann sich nur um einen Vortrag handeln, der von mir im sozialwissenschaftlichen Verein zu Berlin gehalten wurde. Ich hatte allerdings geglaubt, daß dieser Vortrag vor einer kleinen Anzahl von Studenten stattfinden würde und habe dem Vorstehenden wiederholt erklärt, mir wäre eine geschlossene Sitzung lieber. Infolge einer Reihe von Umständen war es mir nicht möglich, den Vortrag so auszuarbeiten, wie ich es gewünscht hätte. Das kann ich zugeben, von dem Inhalt kann ich kein Wort zurücknehmen. Man hat mir übel genommen, daß ich gesagt habe, das Endziel ist mir nichts, die Bewegung alles. Ich erkenne das Endziel als Ideal für Sie durchaus an. Für mich ist die Bewegung, das praktische Arbeiten, das Schritt für Schritt vorwärts geht, ein durchaus genügendes Ideal. Was ist für ein Grund vorhanden, sich aufzuregen, wenn der Redakteur der „Welt am Montag“ aus meinem Vortrag herausliest, ich hätte den Sozialismus kritisch aufgelöst. Davon ist in meinem Vortrag absolut nichts enthalten gewesen. Ich habe lediglich ausgeführt, daß der Begriff wissenschaftlicher Sozialismus dann für mich keine volle Berechtigung hat, wenn der Begriff „wissenschaftlich“ in ihm im kritischen Sinne als Postulat aufgesetzt wird, als eine Forderung, die der Sozialismus an sich selbst stellt, daß für sein Wollen die wissenschaftliche Methode Richtung gebende

Kraft hat. Wenn das anerkannt wird, ist absolut kein Grund zum Streit vorhanden. Ich muß entschieden betonen, daß jemals Kritiken in sozialistischen Zeitschriften — von der „Neuen Zeit“ sehe ich ab — erschienen sind, die den Charakter getragen hätten, wie Bebel es behauptete. Die Kritik des Genossen Heine in den „Soz. Monatsheften“ war nicht derart. Heine hat mir übrigens selbst zugestanden, daß er den von mir vorher als Hauptinhalt des Vortrags angeführten Satz übersehen habe. Werthe Genossen, ich bin 10 Jahre lang Redakteur Ihres Zentralorgans gewesen, habe Jahrzehnte lang an Ihrem wissenschaftlichen Organ mitgearbeitet und nun wird verbreitet, ich sei ein unwissender, ganz konfus Mensch, der überhaupt nicht mehr weiß, was er will. Möge das verbreiten wer will, jedenfalls muß ich entschieden betreiten, daß mein Vortrag irgend etwas enthalten habe, das irgend einen Genossen in seiner Agitation schädigen könnte. Ich habe nichts von meiner Kritik zurückzunehmen. Theoretisch begründen will ich meine abweichenden Ansichten sehr gerne und das soll in wissenschaftlichen Zeitschriften geschehen. Auf dem Parteitag wurde beschlossen, die theoretischen Erörterungen nicht weiter fortzusetzen, und ich füge mich dem natürlich. Ich mache Sie übrigens darauf aufmerksam, daß das neue österreichische Parteiprogramm, das von hervorragenden Führern vorgelegt ist, in zwei Punkten in der Richtung meiner Kritik von dem Erfurter Programm abweicht. — Ein neues Programm, wie es von mir verlangt ist, könnte ich gewiß aufstellen, aber ich bin der Ansicht, daß ein solches nur dann aufgestellt werden dürfte, wenn in der Partei allgemein die Ansicht verbreitet ist, wir brauchen ein neues Programm. Wenn ich mit dem Programm im Wesentlichen nicht einverstanden wäre, hätte ich längst meinen Austritt aus der Partei erklärt. Auch Kautsky hat ja in seiner Schrift über die Agrarfrage einen Punkt des Programms in Frage gestellt, nicht überhaupt aber als Dogma in Frage gestellt. (Sehr richtig!) — Mir ist auch vorgeworfen, daß ich in jener Studentenversammlung großen Beifall gehabt hätte. Demgegenüber konstatiere ich, daß in jener Versammlung auch eine ganze Anzahl Sozialdemokraten anwesend waren, die nicht Studenten waren. Einen Beweis dafür will ich anführen, was mir die Genossen Heine und Dr. Heinrich Braun bestätigen können, daß ich den größten Beifall hatte, als ich einem Gegner, Dr. Bernstein, entgegentrat, der meinen Vortrag gegen die Sozialdemokratie auszuweisen wollte. (Heine: Das ist wahr!) Da kann man nicht behaupten, ich hätte meine Zweifel unter die Gegner getragen. Es liegen nun hier einige Anträge vor, auch aus Berlin, die sich gegen mich wenden. Diese Anträge sind aber alle in Versammlungen von Wahlkreisen angenommen, die mich noch nicht gehört hatten. Von dort, wo ich war, finden Sie keine Proteste gegen meine Thätigkeit. Im sechsten Wahlkreise ist eine Resolution gegen mich angenommen. Ich bedaure, daß Genosse Ledebour, der in dieser Versammlung sprach und acht Tage vorher mit mir zusammen war, mich nicht darauf aufmerksam gemacht hat. Ich wäre sonst in jener Versammlung erschienen. So aber ist die Resolution angenommen von einer Versammlung, die mich nie gehört hatte. — Zugeben kann ich, daß ich es keinem Genossen ungeliebt nehmen würde, wenn er auf Grund der Berichte in gegnerischen Blättern sich gegen mich wendet. Mein Vortrag selbst giebt dazu keinen Anlaß. — Ich könnte nun sagen: den einen Vortrag habe ich gehalten und damit will ich es lassen. Ich glaube aber, Genossen, damit thun Sie sich selbst Unrecht. Sie legen Ihren Stolz darin, daß die Sozialdemokratie die wissenschaftlichste Partei ist. Kautsky hat selbst seiner Zeit an mich geschrieben: „Mit dem Wort strenger Marxismus meine ich selbstverständlich nicht starrs Festhalten an allen Resultaten, zu denen Marx und Engels gekommen sind. Das wäre das Gegentheil des Marxismus. Die „Neue Zeit“ betrachte ich vielmehr als Organ der Kritik und zwar der Selbstkritik. Ich hoffe, daß Sie die Resolution nicht annehmen werden, ich hoffe das um Ihrer selbst willen, daß Sie der Partei nicht ein solches Zeugniß der Schwäche ausstellen. Halten Sie an dem Begriff „wissenschaftlicher Sozialismus“ als dem Ausdruck bescheidener Selbstbeschränkung, als dem Ausdruck unseres Willens fest, die Wahrheit wissenschaftlich zu erforschen. Glauben Sie nicht, daß unsere Bewegung darunter leidet, sie zieht ihre Kraft, das sagen

„Ich sage dir, Martha,“ rief er, ganz erregt die Schöpfstille wegschleudernd, „um ein Paar Wärtz du gefallen und hättest dich an dem Boote ganz zerschlagen können!“

„Steh nicht da und schilt! Mach lieber, daß du bald mit dem Boote hierherkommen kannst.“

„Nein, jetzt kannst du die Brigg besehen.“

„Komm sogleich, hörst du, Jan. . . . Komm, sage ich dir!“

„Oh, du kannst dich ja ein wenig in der Navigation üben.“

„Hier oben ist es wirklich zu hübsch; ich glaube, wir lassen das Rudern.“

„Sie schritt in ihr Schicksal ergeben auf und ab, leise vor sich hin singend.“

„Ja, ich muß nach Hause und meine Grammatik lernen.“

„Nein, jetzt ist das Boot ganz trocken, Martha!“ rief er, indem er sich mit der Felle nahte.

„Wah — du müßtest doch kommen,“ und übermüthig sprang sie mit einem Satz ins Boot hinunter.

„Kannst du nicht kommen, ich nehme die eine Ruderstange.“

„Sie setzte sich auf die vorderste Ruderbank und bis im höchsten Eifer die Paddel zusammen, während sie so schnell ruderte, daß das Wasser nach jedem Ruderhieb weiß aufspritzte.“

„Er stand und schaute die Ruderer an.“

„Jan,“ rief er, ganz ernst, „ganz richtig vor Ankerzugehen. Da ist der Herr Dewold. Du kannst gar nicht glauben, wie sehr ich mich heute Nachmittag über ihn amüsiert habe.“

„Er schielte immer nach der linken Schulter, wo er die Sperle trug, nachdem er Unterleutnant geworden ist.“

„Er hat so nachlässig dahergegangen und blieb an der Gortaxthier vor mir stehen: Sie wollen heute eine Gesellschaft besuchen, Fräulein Martha?“

„Das werde ich eben nicht thun, bedanke ich mich für die angenehme Nachfrage. Aber da hättest du dein Gesicht sehen sollen — es wurde so lang wie ein Kirchenfenster!“

„Er lachte ganz geistesabwesend ins Blaue hinein. Als ich aber sagte: „Wah! ich — aber der Papa und die Mama —“

und Cäcilie — da wurde sein Gesicht ganz viereckig vor lauter Glückseligkeit. Er räusperte sich und stotterte und that, als ob er nicht nur gekommen wäre, um dies zu erfahren. Das Auffallende war nur, daß er so bald verschwand.“

„Es giebt nichts Amüsanteres, als solche verliebte Herren; sie schleichen sich überall herum und stellen sich an, als ob nichts los wäre. Dewold ist nun der sechste, von dem ich weiß, daß er Cäcilie gern hat, das heißt gründlich.“

„Erstas kommt nun Fasttag . . .“

„Ja, er ist und bleibt der erste unter allen,“ rief Jan.

„Jeder kann es ihm ansehen, daß er ein Mann ist.“

„Das wirst du doch auch unserm Karsten ansehen können,“ fuhr Martha auf, „und du sagst, Fasttag sei der erste.“

„Ja, das ist nun einmal wahr, Martha. Er und — dann der alte Kommandeur. Er, was hätte nicht alles aus dem Alten werden können, wenn der sich hätte rühren dürfen. Du gleichst ihm ein wenig über die Schultern, du, Martha!“

„Ich?“ rief sie empört.

„Karsten ist nur eine schön getafelte Barke, welcher sein Vater jetzt die Richtung geben möchte, der er selbst ganz gefolgt wäre. Aber, siehst du, Karsten hat nicht die Natur.“

„Weißt du was, Karsten . . .“ sie erhob sich.

„Er ginge bald unter, würde er dem Rathe des Vaters folgen. Der Alte ist nur darüber ärgerlich, daß er sich selbst nicht genug in der Welt umgesehen hat.“

„Ich habe dich sowohl umgesehen als roh,“ sagte Martha erregt. „Du hörst doch heute mittag?“

„Ja, man wollte ihn für die Dampferfahrt werben.“

„Ich will nach Hause, sage ich dir! Bitte umzugehen, ich will heim!“

„Sie sagte die Ruderstange und drehte das Boot.“

„Aber, Martha, verstehst du denn nicht . . .“

„Martha erwiderte kein Wort.“

„Karsten kann ja deswegen ebenjogut sein; er ist ja ein sehr tüchtiger Offizier.“

„Danke, gestatte, daß ich aus Land gehe.“

„Und ich meine ja auch, daß er ein guter Mensch ist,“

nur etwas von einem Mutterjöhnchen — und ein wenig weidlich,“ fügte er unglücklichweise hinzu, indem das Boot an der Brücke anlegte.

„Ich bin dir für deine gute Meinung sehr verbunden, Jan!“ Sie machte ihm einen Knicks, ehe sie tief gekränkt den Heimweg einschlug.

„Martha . . . Martha!“ Rang es hinter ihr.

„Martha eilte nur schneller vorwärts.“

„Martha,“ hörte sie wieder, „du sollst doch bedenken, daß wir nicht gut in diesem Aufzuge das Haus betreten können.“

„Martha lief noch immer, was sie konnte. In diesem Aufzuge?“ Sie mußte sich einen Moment umblicken — und was sie sah, genügte, ihre Schritte zu hemmen.

„Jan lief ihr nach, ihren Hut auf dem Kopfe.“

„Willst du nicht deinen Hut haben, Martha?“

„Danke, gib mir her.“

„Ich krieger das dumme Band nicht auf, siehst du — habe es in der Eile so fest gebunden — kann meiner Treu' den Hut nicht wieder los werden.“

„Zerreiß nicht das Band, hörst du. Mama wird sonst böse! Ich werde es aufmachen . . .“

„Sie löste vorsichtig den Knoten unter dem Kinn und begann voller Interesse den Hut bald nach der einen, bald nach der anderen Seite zu schieben, bis sie ihr Eigenthum mit einem plötzlichen Ruck an sich riß und mit einem lauten: „O, wie häßlich du bist!“ dabonellte.“

„Die alte Nella steckte, eifrig nach ihnen aussehend, den Kopf zum Fenster hinaus.“

„Wir waren nur ein wenig unten am Kanal, Nella.“

„Ich sage den jungen Herrschaften, daß Sie mich noch unglücklich machen werden! Das würde was geben, wenn die gnädige Frau erführe, daß du in dieser Weise deine Schularbeiten machst, Jan. — Und Martha, die nur ihre Aufgaben durchlesen sollte und dann gleich zu Bette gehen . . .“

„Ich darf doch ein bißchen im Bette lesen, während du auf sie wartest, Nella — nur eine kleine halbe Stunde?“

bat Martha.

(Fortsetzung folgt.)

Sie selbst aus dem Klassenkampf der Arbeiter aus den Händen, unter denen die Arbeiter leiden. In theoretischer Beziehung haben wir schon oft Veranlassung gehabt, einen oder den anderen Satz zu ändern, ohne daß dadurch die Bewegung irgend wie geschädigt worden wäre. Welchen Zorn erregte es nicht, als seiner Zeit durch Engels der Brief von Marx zum Gothaer Programm veröffentlicht wurde, und wie schnell sah man nachher ein, daß Marx Kritik der Partei nur zum Segen gereicht hatte. Bleiben Sie auf diesem Standpunkt, lassen Sie sich nicht verleiten, der Kritik, soweit sie von Genossen und bona fide in gutem Glauben kommt, irgendwie Zügel anzulegen. Wir sprechen so oft von der Bibel der Arbeiterschaft, dem Kapital. Marx selbst aber legte den größten Werth auf die Kritik und auch auf dem Titelblatt seines Werkes steht das Wort Kritik der politischen Ökonomie. Halten Sie fest an diesem Grundsatz der freien Kritik, lassen Sie sich nicht durch unsere Gegner verblüffen und nehmen Sie nicht Anträge an, die mir vielleicht vorübergehend Unannehmlichkeiten bereiten, die aber vor allem der Partei nicht diejenige Ehre machen, auf welche sie Anspruch hat. (Bravo!)

Singer erklärt, er habe dem Genossen Bernstein unbeschränkte Redezeit gewährt und schlägt vor, den nachfolgenden Rednern auch unbeschränkte Redezeit zu gewähren.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Wolfgang Heine-Berlin: Der Streit um Bernstein ist schon das erste Mal mit zu großer Nervosität geführt worden. Der jegliche zweite Streit ist gegen den ersten nur ein Zwerg. Nervosität ist also hier um so unangebrachter. Ich habe gegen Bernsteins Vortrag „Ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“ polemisiert und halte auch heute noch Vieles darin für falsch. Das habe ich gethan, so sehr ich ihn sonst schätze. Bernstein und ich sind keine Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit, ich lobe nicht Alles, was er sagt. Bei dem Streit handelt es sich im Wesentlichen um eine verschiedene Auffassung des Begriffes Wissenschaft. Bernstein hat hier eine Stelle aus einem Briefe Kantak's vorgelesen, die den Nagel auf den Kopf trifft. Er hat die Selbstkritik darin über Alles gestellt. Das ist auch mein Standpunkt. Der Wissenschaftlichkeit darf keine Grenze gezogen werden. Das will ich dem Genossen Hoffmann sagen. Es wäre sehr verfehlt, der freien Kritik durch Resolutionen, wie die vorgeschlagene, Zügel anzulegen, ebenso wie den theoretischen Streit hier fortzusetzen. Bernstein hatte Recht, der Eindruck der Studentenversammlung auf mich war der, daß ich mir sagte, hier ist für die Sozialdemokratie Propaganda gemacht worden. Niemand wird den Eindruck gehabt haben, als habe Bernstein die Partei unterwühlt. (Hört! Hört!) Und nun die nationalsozialen Blätter. Die nationalsoziale Partei hat das Pech, dem aus tausend Fläschchen und Violon zusammengebrachten Homokulus aufs Haar zu gleichen und es paßt das Goethe'sche Wort vom Homokulus: „So klein du bist, so sehr bist du Phantast.“ Ich habe das den Herren schon persönlich gesagt und Sie gefragt, ob Sie denn bezwecken, mich von der Partei loszuweisen und ob Sie nicht schon genug Offiziere ohne Soldaten hätten. (Heiterkeit.) Ich habe ihnen auch gesagt, die Hoffnung, daß sich die Partei spalten würde, wenn ich mich von ihr trennen würde sei durchaus trügerisch. Gehe ich weg, so sei eben nur ein Mann weniger. (Sehr richtig.) In der „Hilfe“ werden mit echter Pfaffen-Schlaueit Verdienste gegen mich und die Partei-Genossen gerichtet, die an den Sozialistischen Monatsheften mitarbeiten. Es heißt da, wir hätten am Marxismus herumgewühlt. Ich habe mein Lebtag nicht am Marxismus herumgewühlt. Singer hat sich in München durch einen nationalsozialen Schwadronneur ins Boxhorn jagen lassen und das Gespenst der Spaltung an der Wand erziehen lassen. Das wollte ja gerade der Nationalsoziale. Singer ist ihm dabei auf den Leim gegangen, den er gestrichen hatte. (Heiterkeit.) Bebel meinte, wir sollen die „Frankfurter Zeitung“ ignorieren, die „Welt am Montag“ aber nicht. Die „Frankfurter Zeitung“ ist aber ein Weltblatt die „Welt am Montag“ ein recht untergeordnetes Organ. Ruhiges Temperament ist hier die Hauptsache. Wir lieben Bebel seines goldigen Temperaments wegen, aber hier ist Ruhe am Plage und unser Zentralorgan, der „Vorwärts“, hatte ganz Recht, die Ruhe gegenüber der „Welt am Montag“ zu bewahren. Der neue Bernstein-Fall ist wirklich harmlos. Es handelt sich dabei nicht um Theorie, sondern nur um die Theorie der Theorie. (Große Heiterkeit.) Ich bin ein Gegner jeder Programmänderung, lege auf Programme überhaupt nicht das große Gewicht. Die Hauptsache ist die praktische Arbeit. In Bezug auf diese sind wir auch einig. Da wir eine Partei des politischen Kampfes sind, sollen wir in der Hauptsache auf die praktische Arbeit sehen, dann werden wir auch alle einig sein. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Gradnauer-Berlin: Bernstein hat, seitdem er in Berlin ist, in Reich und Glied mit den Parteigenossen gearbeitet. Den Vortrag im Studentenverein halte ich für eine Thorheit. Ein Verbrechen war es nicht. Auch Franz Mehring hat sich bereit erklärt, in diesem Verein zu sprechen. Die Kritik Bernsteins hat die Partei nicht gefördert. So sehr ich gegen eine Beschränkung der Kritik bin, so meine ich doch, über die Art der Kritik läßt sich streiten. Andererseits hat Bernstein sehr dankenswerthe Anregungen gegeben, so die Vetheiligung an den Landtagswahlen. Man darf also nicht verallgemeinern. Ich möchte sagen, in der Diskussion hat oft eine Form Platz gegriffen, die die Partei viel ärger geschädigt hat, als die Kritik Bernsteins. Ich denke da an die Artikel von Parvus in der „Neuen Zeit“, die einen ganz unangemessenen Ton angeschlagen haben. Wir können nicht mehr ruhig diskutieren. Das hat auch Bebel wieder bewiesen mit seinen leidenschaftlichen Angriffen auf den „Vorwärts“. Er hat da unsere Haltung im Fall Müllerand angegriffen. Der „Vorwärts“ hat einen tüchtigen Pariser Korrespondenten, der hat uns nicht berichtet. Es handelte sich um den Beschluß einer Departements-Organisation. Wir hatten keine Ahnung, uns zu unterrichten. Deshalb haben wir Abstand genommen, die Resolution zu veröffentlichen. Der „Vorwärts“ hat die Rede Singers in München mitgetheilt, ob das bei der Resolution Mollenhuths der Fall war, weiß ich nicht. Jedenfalls bemühen wir uns auch in der Bernsteinsfrage objektiv zu berichten. Also keine so allgemeine Anschuldigungen, wenn auch diesem oder jenem einmal die Stellungnahme des „Vorwärts“ nicht gefällt. Der „Vorwärts“ hat die Gesamt-Partei zu vertreten, da giebt es Meinungsverschiedenheiten

und diese müssen in Ruhe und leidenschaftslos geführt werden.

Singer vertagt hierauf die Verhandlungen auf Dienstag 9 Uhr. Die Sitzung soll morgen mit der geschlossenen Sitzung beginnen, die Versteinerdebatte soll nach der geschlossenen Sitzung fortgesetzt werden.

Es folgen noch persönliche Bemerkungen:

Singer (persönlich): Genosse Heine hat mich in die Debatte gezogen auf Grund eines unrichtigen Berichtes über eine Münchener Versammlung. Ich habe dort nur ausgeführt, daß Gott sei Dank dafür gesorgt sei, daß die Bäume Bernsteins nicht in den Himmel wachsen. Sollte es wider Erwarten doch einmal dazu kommen, so sei eine reinliche Scheidung besser als das Hin- und Herschwanken und Labieren. Genosse Heine wird mir zugeben, daß die Aeußerung so wesentlich anders lautet, als in dem Bericht, den er gelesen hat.

Heine-Berlin (persönlich): Ich kann zugeben, daß ich in der Form meiner Ausführungen etwas zurückhaltender gewesen wäre, wenn ich den von Singer angeführten Vortragslaut gekannt hätte. Meine Bemerkungen im ganzen werden aber dadurch nicht berührt.

Ledebour-Berlin (persönlich): Ich wollte nur konstatieren, daß sich Bernstein irrt, wenn er meint, er hätte mit mir 8 Tage vor der Versammlung im 6. Wahlkreise, in der die Resolution angenommen sei, gesprochen und ich sei in der Versammlung anwesend gewesen.

Politische Mundschau. Deutschland.

Unser diesjähriger Parteitag, so schreibt der „Vorwärts“ u. A., entbehrt nicht der Weihe einer Jubiläumserinnerung. Wir dürfen den zehnjährigen Gedenktag des Erfurter Programms feiern, das in unverwundelter Kraft während dieses Jahrzehnts unsere Propaganda und parlamentarische Thätigkeit, unsere prinzipiellen Entscheidungen und praktische Arbeit bestimmt hat, das uns den unüberwindlichen Führer in den großen Aufgaben unseres weltpolitischen und welthistorischen Berufs wie in den kleinsten Entscheidungen, die der Tag fordert, gab. Gewiß, auch das Erfurter Programm ist nur Menschenwerk, es mag diese oder jene mißverständliche oder unklare Wendung enthalten, auch den Bedürfnissen knapper agitatorischer Schlagkraft nicht völlig entsprechen — ebenso gewiß aber ist, das wir in ihm das ehrene Gedankengerüst einer wissenschaftlich gegründeten Weltanschauung besitzen, das uns in unserem Kampfe sicher leitet, uns vor dem Abirren in kleinliche Augenblicksrisiken behütet und uns die gewaltigen Ziele weist, indem es uns zugleich eine Fülle praktischer Arbeitsmöglichkeiten erschließt, die wir auf dem Wege zur Gestaltung unserer Welt zu leisten haben.

Das Erfurter Programm ist auch an den reichlichen theoretischen Diskussionen nicht zu Schaden gekommen, die uns die letzten Jahre bescheert haben. Wir sind vielleicht der feyerlichen Meinung, daß diese Auseinandersetzungen zwar notwendig sind, um uns vor dem Nothzu zu bewahren — sie sind eine Art gymnastischer Uebungen zur Belebung des Parteigeistes — daß aber in diesem besonderen Fall ihr Ertrag verzeiwelt gering war. Wir leiden weder an publizistischer Nervosität, die in jeder Meinungsverschiedenheit gleich den Untergang der Welt fürchtet, noch lassen wir uns beeinflussen durch die lieben Leute, die uns gern beerben wollen und den Erbschleicher in der Weihe spielen, daß sie die eine Meinung gegen die andere auspielen und dadurch in der Sozialdemokratie selbst das Gefühl hervorzurufen suchen, als ob in ihr centrifugale, auseinanderreibende Kräfte am Werke seien.

Wolkvertreter oder Diätenpresler? Zur Diätenfrage machte dieser Tage der antisemitische Reichstagsabgeordnete Liebermann von Sonnenberg in seinen „Deutschsozialen Blättern“ einen Vorschlag, der im Stil und Gedanken-gang an eine Fabrikordnung oder polizeiliche Verfügung erinnert. Der Grundgedanke, der aus dem Entwurf spricht, geht etwa dahin, daß jeder Reichstagsabgeordnete an und für sich ein Spießbube ist, der sich nur von der einen Absicht leiten läßt, das Reich um möglichst viele, unredlich erworbenene Tagelöhner zu pressen. Diese unwürdige Einschätzung der Reichstagsabgeordneten kann nur aus antisemitischen Kreisen kommen. Man sucht bekanntlich niemand hinterm Ofen, wenn man nicht selber schon einmal dahinter gesehen hat.

Am freigesten ist die „Ausführungs-Bestimmung“, die sich folgendermaßen ausnimmt:

„Wer ohne beurlaubt, krankgemeldet oder entschuldigt zu sein beim Namensaufruf oder bei namentlichen Abstimmungen fehlt, verliert für die ganze laufende Woche seine Tagelöhner. (Er ist dabei gleichgültig, ob er eine oder mehrere Abstimmungen veräumt hat.)“

Der „Vorwärts“ meint, daß der Zweck dieser Hauswurfschade darin besteht, durch die Verhängung von Geldstrafen jede Obstruktion unmöglich zu machen. Außerhalb der Partei des Herrn Liebermann dürfte aber wohl niemand durch die Aussicht, für acht Tage seine Diäten einzubüßen, von der pflichtgemäßen Anwendung geschäftsordnungsmäßiger Mittel im Kampfe gegen Ueberrumpelung und Bergewaltigung abgeschreckt werden. Diese Vermuthung scheint richtig zu sein, denn bezeichnenderweise ist der agrarische Busenfreund Liebermanns, Dr. Dertel von der „Deutsch. Tageszeitung“, mit dem Vorschlag einverstanden. Der Reichstag besitzt hoffentlich so viel Würde, daß er über derartige alberne Zumuthungen zur Tagesordnung übergeht.

Aus unserem Soldatenshinderalbum. Ein gar liebliches Bild aus dem Leben eines Vaterlandes-Verteidigers enthielt eine Ober-Kriegsgerichtsverhandlung am Freitag in Breslau. Der Unteroffizier Reinhold Martinell vom zweiten Schleifischen Husaren-Regiment Nr. 6 in Leobschütz war der Mißhandlung eines Untergebenen angeklagt. Wegen dieses Deliktes war der Angeklagte am 15. August vom Kriegsgericht der 12. Division zu Reife zu sechs Wochen Mittelarrest verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil hatte der Gerichtsherr Berufung eingelegt. Während die erste Instanz eine fortgesetzte Mißhandlung annahm, sah der Gerichtsherr zwei einzelne Handlungen und wollte diese mit Gefängniß bestrafen. Die Verhandlung vor dem Ober-Kriegsgericht ergab folgenden Thatbestand: Am 30. Mai nachmittags befand sich der Angeklagte im Stall und sah bei einem sein Sattelzeug putzenden Husaren, daß am Zaumzeug die Kinnkette fehlte. Er riefte ihn zur Rede. Als der Mann nicht schnell genug

antwortete, gab ihm der Soldatenpädagoge in roher Weise einen Stoß ins Genick, daß der Husar hinfiel. Da schrie ein Unteroffizier dem Soldatenshinder zu, der Husar stelle sich nur. Nun befuhr der Angeklagte dem Gemüthselben, zu traben, und um ihn dazu zu ermuntern, versetzte er ihm mit einem in einer abgebrochenen Lanze steckenden Besen einen Schlag vor die Brust. Der Husar brach bewußtlos zusammen, er konnte nicht sprechen, Schaum trat aus dem Munde, er bekam Krämpfe, mußte fortgetragen und ins Lazareth aufgenommen werden, wo er 14 Tage an Herz- und Gehirnerschütterung behandelt ward. An der Brust hatte er infolge des Stoßes mit der Lanze eine 3 Centimeter lange und 1 1/2 Centimeter breite Wunde. Der Staatsanwalt beantragt das Strafmaß der ersten Instanz, der Verteidiger milde Bestrafung. Das Ober-Kriegsgericht verwarf die Berufung des Gerichtsherrn, es nahm nur eine fortgesetzte Mißhandlung an und bestätigte das Urtheil des Kriegsgerichts: 6 Wochen Mittelarrest.

Ueber die Entlarbung eines Nichtgentlemans in München weiß unser Münchener Bruderblatt zu berichten:

In den Kreisen der hiesigen Sozialdemokratie war man schon seit längerer Zeit darüber informiert, daß die Münchener Polizei trotz der abschreckenden Spuren, die der Weineidmichel Gehret hinterlassen hatte, noch keineswegs von dem System abzugehen geruhte, das dieser Edle verkörperte. Man wußte dort, daß einige jener Nichtgentlemen, die das arbeitende Volk unter dem bezeichnenden Namen Lockspiegel kennt, die Münchener Luft verunreinigen, daß sie als Zuträger der Polizei fungiren und zu einer bestimmten Stunde über das, was sie erfahren oder nicht erfahren haben, in der Weinstraße (Polizeidirektion) gegen klingenden Lohn Rapport erstatten. Eines dieser erbärmlichen Subjekte ist nun in den letzten Tagen entlarvt worden, das Maas der Anderen dürfte bald voll sein. Aber bleiben wir für heute bei dem Muster, dessen Werth bereits polizeilich bestätigt worden ist.

Weiten Partei- und Gewerkschaftskreisen unserer Stadt wird der angebliche Tapezierer und Dekorateur Johann Prinz bekannt sein, der seit etwa vier Jahren ein häufiger und aufdringlicher Gast von kleineren und größeren Partei- und Gewerkschaftsversammlungen war. Er drängte sich an die Parteigenossen und an die Gewerkschaftler heran, spielte sich als radikalere Sozialist auf und versuchte die Leute, die ihm „harmlos“ erschienen, über interne Parteiangelegenheiten, Personalien u. s. w. auszufragen, als ob es in einer so großen Partei, welche alle ihre Angelegenheiten in der breitesten Öffentlichkeit erörtert, überhaupt „Geheimnisse“ gäbe.

Aber, wie gesagt, das Benehmen des Burschen war sehr auffallend. Man wunderte sich schon darüber, daß er immer flott gekleidete, jezt ca. fünfundsiebzigjährige Edeling ohne jede Arbeit stets gut bei Kasse war. Einige Beobachtung ergab, daß er sein Domizil bei einem Schuhmann in der Theatinerstraße Nr. 9 aufgeschlagen hatte und daß er seine Gastrollen auch im hiesigen Freidenkerverein und bei dem Häuslein ebenso verwirrt wie harmloser Leute gab, die sich hier als „Anarchisten“ aufspielten. Mit den „Anarchisten“ schimpfte er natürlich wieder auf die korrupte Sozialdemokratie, wie er es bei den Sozialdemokraten ungeteilt gemacht hatte, und bei den Freidenkern glänzte er als Verfechter der freien Religion. In der Gewerkschaftsbewegung spendete er seine Gunst besonders den Sattlern und Bierbrauern.

In der letzten Zeit scheint man nun in der Weinstraße von dem Hallunken mehr verlangt zu haben, als er leisten konnte, denn sein Benehmen wurde noch provokatorischer wie vorher und einem Mitgliede des Freidenkervereins, das in einen Prozeß verwickelt war, bot er sich als Zeuge an. „Sie wissen ja gar nichts von den Vorgängen, Sie waren ja nirgends dabei!“ wurde ihm gesagt. Aber: „D, das macht gar nichts, Ihnen zu Gefallen schwöre ich jeden Eid!“ lautete die Antwort des Unentwegten. Der erwähnte Herr, der von dem sauberen Geschäft des Prinz schon eine gewisse Witterung hatte, vermuthete, wohl nicht mit Unrecht, daß man hier einen Fall der Anstiftung zum Faltschneide vorbereiten wolle. Er zog die Verhandlung aneinander hin, setzte sich aber unterdessen mit einem bekannten Mitgliede der sozialdemokratischen Partei in Verbindung. Die Beiden nahmen nun den Burschen in die Behandlung und deren Resultat war das Geständniß: „Sach bin von der hiesigen Polizei beauftragt, Nachrichten über die Freidenker, Sozialdemokraten und Anarchisten zu bringen und werde dafür gut bezahlt!“ Kurz entschlossen, begaben sich die beiden Herren nun direkt zur Polizeidirektion und baten um gefällige Aufklärung über den Fall. Der Polizeidirektor wußte gar nichts. Er zeigte sich genau so wenig unterrichtet wie Herr von Feilich, als ihn der sozialdemokratische Abgeordnete über Nachbarin Sulchen (berühmte Kupplerin) im Landtage interpellirte, obwohl Schön-Julchen damals schon abgeurtheilt war. Aber der Herr Polizeidirektor hatte doch die Güte, die ungestümen Frager an den Vorsteher des Referats für das „Politische“, einen Affessor, zu weisen. Dieser Beamte gestand nun nach einigen Umschweifen: Er kenne allerdings den Prinz, der habe sich ihm zu Mittheilungen über die „Anarchisten“ an-gelassen; er habe ihn auch mehrmals kommen lassen und ihm Geld für wichtige Mittheilungen angeboten. Aber diese Mittheilungen seien anbrauchbar gewesen, er — der Affessor — habe nicht recht gewußt, was er damit machen solle.

Daß der Herr Affessor nicht weiter aus der Schule plauderte, bleibt begreiflich, aber seine Ehrlichkeit, wenn sie zum Theil auch sicher das Resultat der Ueberrumpelung war, ist anzuerkennen. Und mit dieser rückhaltlosen Anerkennung der Münchener Polizeitugenden schließen wir den ersten Theil der lehrreichen Historie. Der zweite wird sich sehr bald in der Prannerstraße (Landtag) abspielen.

Frankreich.

Die neuesten Bündnißreden. Sonnabend hat der Zar das Glanzstück seines Besuchs in Frankreich absolviert; er hat die Parade der französischen Armee abgenommen, wie er vor dem Betreten des französischen Bodens die der Marine abnahm. Ueber das pompöse Ereigniß wird aus Besien gemeldet:

Als der Kaiser und Präsident Doubet an den Truppen vorbeikamen, präsentierten viele das Gewehr; die Musikkorps spielten die Marschmusik. Der Kaiser grüßte militärisch, während Präsident Doubet vor den Fahnen und Standorten, die sich zum Gruß senkten, das Haupt entblühte. Der Kaiser und Präsident Doubet begaben sich dann nach der Ehrentribüne, während der Kriegsminister General Andrie der Kaiserin im Namen aller Generale des französischen Heeres einen Korb mit Blumen überreichte unter begeisterten Jubelrufen der Menge und dem Ruf: „Es lebe Rußland! Es lebe der Kaiser! Es lebe das Meer!“ Kurz vor 10 Uhr begann der Vorbeimarsch der Truppen.

Die Haltung der Truppen bei dem Vorbeimarsch war, so wird offiziell berichtet, vorzüglich, diese zeigten trotz der anstrengenden tätigen Manöver nicht die geringste Ermüdung. Der Kaiser und die Kaiserin von Rußland, sowie Präsident Doubet erhoben sich beim Vorbeimarsch der Fahnen, die Menge spendete andauernd Beifall. Das Wetter war prächtig und der Glanz des Schaulusts wurde noch dadurch erhöht, daß das Paradefeld völlig laubfrei war.

Nach der Parade fand ein Dejeuner statt, bei welchem Präsident Doubet folgenden Trinkspruch ausbrachte: „Sie, indem ich Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin im Namen der französischen Republik den Dank ausspreche dafür, daß Sie gerufen haben, den erhabenen Schaulust dieser Tage beizuwohnen, lenkt sich mein Gedanke auf den großen, politischen Vorgang zurück, der diesen vorangegangen ist, und der Ihnen Ihre ganze Bedeutung verleiht. Vorbereitet und geschlossen von Ihrem erlauchtem Vater, dem Kaiser Alexander III., und von dem Präsidenten Carnot, feierlich fundgegeben an Bord des „Pothuan“ durch Eure Majestät und den Präsidenten Felix Faure, hat das Bündnis Rußlands und Frankreichs die Zeit gehabt, seinen Charakter zu betätigen und seine Früchte zu tragen. Wenn Niemand an der wesentlich friedlichen Idee, aus der es hervorgegangen ist, zweifeln kann, so kann auch Niemand verkennen, daß es in hohem Maße beigetragen hat zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen den europäischen Mächten, der notwendigen Bedingung eines Friedens, der, um fruchtbringend zu sein, nicht unsicher bleiben konnte. Das Bündnis hat sich mit den Jahren entwickelt (Bewegung) und die Fragen, die aufgetaucht sind, fanden es wachsam, entschlossen, seine eigenen Interessen und die allgemeinen Interessen der Welt verständig; sie lauden es ferner gemäht, weil es stark war und im Voraus für die Lösungen gewonnen, die von der Gerechtigkeit und Menschlichkeit eingeleitet waren. (Bewegung.) Das Gute, das es gestiftet hat, ist ein Unterpfand des Guten, das es noch stiften wird, und im vollen Vertrauen darauf, daß der edle Begründer des Bundes pietätvoll gedenkt, dem der heutige Tag eine herrliche Weihe verleiht, erhebe ich mein Glas auf den Namen und das Glück Eurer Majestät, Ihrer Majestät der Kaiserin und der ganzen Familie, auf die Größe und das Gelingen des Frankreich bestreuten und verbündeten Rußlands.“

Die Musik spielte hierauf die russische Nationalhymne. Die Antwort des Kaisers Nikolaus auf den Trinkspruch des Präsidenten lautete folgendermaßen:

Herr Präsident, in dem Augenblicke, wo wir Frankreich verlassen, wo wir wiederum eine so herzliche und warme Aufnahme gewonnen haben, liegt es mir am Herzen, Ihnen unsere aufrichtige Dankbarkeit und lebhafteste Bewegung zum Ausdruck zu bringen. Wir, die Kaiserin und ich, werden stets die lobbaren Erinnerungen dieser wenigen Tage bewahren, die von so tief in unsere Herzen eingegrabenen Erinnerungen erfüllt sind und werden nach wie vor, aus der Ferne und der Nähe an allem theilnehmen, was das befreundete Frankreich betrifft. Die Bande, welche unsere Länder vereinigen, haben sich soeben noch mehr gelockert und haben eine neue Weihe durch die Beweise gegenseitiger Sympathie erhalten, die sich hier so bereit fundgaben und in Rußland ein so warmes Echo fanden. (Bewegung.) Die innige Vereinigung der beiden großen Mächte, welche von den friedlichsten Absichten bezeugt sind und welche, obgleich sie ihren Rechten Achtung zu verschaffen wissen, nicht die Rechte der Anderen irgendwie zu beeinträchtigen suchen, ist ein wertvolles Element der Vereinigung für die gesamte Menschheit. (Erucate Bewegung.) Ich trinke auf das Wohl Frankreichs, der befreundeten und verbündeten Nation, das tapferen Heeres und der schönen französischer Flotte. (Bravo.) Lassen Sie mich Ihnen, Herr Präsident, gegenüber nochmals unseren Dank aussprechen und Ihnen zu Ehren mein Glas erheben.

Die Musik stimmte noch diesen länglichen Reden die Marschmusik an.

Das von den Franzosen so heiß erwartete Wort von dem Fortbestehen des Bündnisses mit Rußland ist also ausgesprochen worden; gedämpft wird die Freude der Chauvinisten freilich durch die wiederholte Bekräftigung der Friedenspolitik, die die Grundlage des Bündnisses bilden soll.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Küfergesellschaft von Heilbronn und am Montag in den Ausstand getreten, da die Forderung nicht ihre Forderungen bewilligen wollte. — Aus Trier wird gemeldet: Infolge einer Polemik des „Jubipendenten“ gegen die Schriftleiter trat das Personal von drei hiesigen Druckereien in den Ausstand. Die Blätter „Jubipendent“, „Gazzettino“ und „Avanti“ erscheinen in reduzierter Form.

Größere Arbeiterentlassungen sollen nach den „Siegener N. N.“ am Sonnabend auf dem Braunkohlenbergwerk in Siegen wegen Mangel an Beschäftigung vorgenommen worden sein. Man spricht von 100 Entlassungen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. In dem Dorfe Pösmich bei Gelnau (Bez. B. Marienwerder) erschoss, wie der „Gesellige“ meldet, der Löhner Sittner seinen Nachbar, den Kötther Kallmann. Die beiden hatten in einem Prozeß gestanden wegen eines Privatweges. Kallmann hatte den Prozeß gewonnen. Als Kallmann diesen Weg des Abends betrat, drohte Sittner, ihn niederzuschlagen. Als Kallmann sich nicht abhalten ließ, schloß Sittner, ihm eine Kugel in den Kopf. Kallmann war sofort tot. — Die Morgenblätter melden aus Pirichberg: Ein Bagen mit 12 Schulkindern wurde durch einen Zusammenstoß mit der elektrischen Straßenbahn zertrümmert. Die Kinder und der Kutscher wurden schwer verletzt. — Wie dem „Leipz. Tagebl.“ aus Chemnitz vom 21. September gemeldet wird, sind auf den südlichen Höhen des Erzgebirges bei G. in der Nacht Schneefälle eingetreten. — Wie die „Demokratie“ aus Dortmund berichtet, meldete die hiesige Brauereiarbeiter, deren Jahreshöhe sich vor kurzem erhob, Sonnabend Kontars an. Die Kapellen sollen sich auf 2 1/2 (100) Mk. belaufen. — Die Arbeiter im Stahlwarenfabrik Alex Coppel in Eslingen sind infolge einer Denunziation in der Ver-

nichtungsanstalt Sonnabend vollständig niedergebrannt. Ein Arbeiter ist schwer verbrannt; viele sind arbeitslos geworden. — Aus Köln wird gemeldet: Auf einem Gute im benachbarten Brühl erschoss Sonnabend Mittag ein Gärtner die Verwalterin und dann sich selbst. Der Grund des Mordes und Selbstmordes ist Eifersucht. — In dem Dorfe Drommershausen bei Weiburg nahm sich Bergmann Blant dadurch das Leben, daß er eine Dynamitpatrone in den Mund steckte und sie anzündete. Der Kopf wurde ihm vom Rumpf gerissen. — Die „Frkf. Ztg.“ meldet aus Worms: Am Sonnabend stürzte das Haus von Gebr. Hartenbach, das bereits unter Dach war, ein. Fünf Personen, darunter die Gebrüder Hartenbach, wurden verschüttet und theils schwer verletzt aus den Trümmern hervorgezogen. — Bei dem am Sonnabend erfolgten Einsturz eines Hauses in Kirchheim wurde ein Arbeiter getödtet, vier schwer verletzt. — In Berghausen bei Mannheim verbrannte Sonnabend eine 71jährige Wittve. Ihre Kleider fingen beim Lichtanzünden Feuer. — Aus Remgarten (Wargau) liegt folgende Meldung vor: Der kürzlich wegen Mordes an einer schwangeren Geliebten verhaftete 26jährige Metzgermeister Rayenhofer hat ein Geständnis abgelegt. Er hatte Nachts bei einem Spaziergang das Mädchen mit zwei Schüssen zu Boden gestreckt und es für tot liegen lassen. Gegen 4 Uhr Morgens ging der Mörder zum Thotorte zurück, wo er die noch lebende und um Mitleid flehende Geliebte mit dem Messer tödtete.

Ostleibisches. Aus Jnowrazlaw wird der „Berl. Volkszeitung“ geschrieben: Wegen Betruges hatten sich die Arbeiterin Bacharska und ihre siebzehnjährige Tochter Anna aus Kruschwitz am Donnerstag vor dem hiesigen Amtsgericht zu verantworten. Das Dienstmädchen Thaddäa aus einem benachbarten Dorfe brachte ihr uneheliches Kind zu der B. in Pflege. Das Kind starb bald. Die B. verlangte von der Mutter des Kindes u. a. 2,95 Mk. als Beerdigungskosten für den Geistlichen. Den nächsten Tag aber erschien die Tochter der Angeklagten und brachte einen Brief, in welchem es hieß, der Prälat verlange fünf Mark für die Beerdigung; wenn das Geld nicht gleich beschafft würde, dann werde die Leiche nach Posen geschickt, dort ausgebraten und das Schmalz durch einen Gerichtsvollzieher öffentlich versteigert werden, wie dies immer gechehe, wenn die Begräbniskosten nicht gedeckt würden. Die Mutter des verstorbenen Kindes gerieth in große Angst, verschaffte sich das Geld mit großer Mühe und sandte es der Angeklagten. Die Herrschaft der Th. v. Grabski — erfuhr von dieser Angelegenheit und erstattete Anzeige. Auf die Frage des Richters, ob sie, die Mutter, es denn wirklich geglaubt habe, daß ihr Kind ausgebraten werden würde, antwortete sie mit ja, denn eben deshalb habe sie ja das angeblich fehlende Geld, (welches die Angeklagte für sich behielt) geschickt. Die Angeklagte erhielt für die erfolgreiche Ausbeutung ihres Räuberwärtchens vier, ihre Tochter als Helfershelferin zwei Wochen Gefängnis. — Diese Verhandlung gewährt wieder einmal einen grauenhaften Einblick in die Kulturzustände Ostleibens. Die Betrügerinnen und die Betrogene bilden eine gleich trübe Illustration dazu. Die Erklärung für Erweichungen dieser Art bieten allerdings die elenden Schulverhältnisse des Ostens. So wird gemeldet: Der einzige Lehrer in dem Dorf Gorzycki (Kreis Kosten) hatte bisher 215 ausschließlich polnische Kinder zu unterrichten. Das war nur in der Weise möglich, daß eine sogenannte Drittagsschule eingerichtet wurde. Man kann sich leicht vorstellen, was für Resultate die Herkulesarbeit des pflichttreuen Lehrers in dieser Riesenschule zu Wege brachte. Jetzt endlich ist ihm das schwere Joch erleichtert worden; 90 Kinder sind der neuen Schule in Solembin überwiesen worden. Er kann indeß immerhin noch eine Schaar von 125 Schülern aufweisen! Auch der beste Lehrer kann hier nur unzulängliche Resultate erzielen! Wie schlecht muß es hier notwendigerweise um die Volksbildung bestellt sein!

Ein ostleibisches Sittenbild. Vor dem Schwurgericht in Gleiwitz wurde Freitag ein Mordprozeß gegen den Heuer Michael Wrozel verhandelt, welcher am 20. April zu Borzigwerk seine Ehefrau Konstantine ermordet hat. Die neunjährige Ehe der beiden, in welcher ein jetzt achtjähriger Knabe und ein vierjähriges Mädchen geboren wurden, war in letzter Zeit außerordentlich unglücklich. Die Frau hatte sich dem Trunke ergeben und vernachlässigte Wirtschaft und Kinder vollständig. Der Mann ergab sich gleichfalls dem Trunke und so waren denn Haber und Zank an der Tagesordnung. Wegen wiederholter Mißhandlung der Frau ist Wrozel schon dreimal bestraft worden. Am 20. April d. J. fand er sie wieder sinnlos betrunken vor, die Kinder hatten Tage lang kein warmes Essen erhalten und waren arg vernachlässigt. Der früher ganz ordentliche Mann, der nun aber infolge der Trunksucht moralisch herabgekommen ist, faßte den Entschluß, sich der Frau zu entledigen und führte den Plan am 20. April aus. In Gegenwart des achtjährigen Sohnes versuchte er sie zunächst aufzuhängen, alsdann traktierte er sie durch Tritte mit den schweren Stiefeln, bis sie tot war. Wie die sezirenden Aerzte Dr. Altman und Sanitätsrath Dr. Tracinski-Jabrze festgestellt haben, hat die Frau 21 Rippenbrüche und einen Bruch des Schlüsselbeins, sowie Zerreißen der Leber davon getragen und ist an den Verwundungen gestorben. Der Angeklagte war früher geistlich, verjagt zu haben, seine Frau aufzuhängen, zog aber dies Geständnis später wieder zurück und behauptete, einen derartigen Versuch überhaupt nicht gemacht zu haben. Gerichtschreiber Dr. Jeserich — Berlin wies aber nach, daß der in der Wohnung vorgefundene Strick mit Blut besudelt war und zum Aufhängen thatsächlich Verwendung gefunden habe. Der kleine Sohn schilderte in dramatischer Weise, wie der Vater mit einer Zuckerschmelze, die er ihm selbst habe holen müssen, die Mutter gewürgt und dann schließlich mit den schweren Bergmannsstiefeln zu Tode getrampelt habe. Die Geschworenen gaben ihren Sachspruch auf Schuldig des Todtschlages ab und der Gerichtshof erkannte auf 8 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust.

Ein Schulpatron. Vor dem Schulhause in G., Kreis Bromberg, stand, wie berichtet wird, der Lehrer des Ortes auf seinem Dienstplatze, etwa 25 Schritte von der Dorfstraße entfernt. Kommt der Gutsbesitzer und Patron der Schule, Leutnant ..., der, nebenbei bemerkt, keinen Pfennig zur Unterhaltung der Schule beigetragen hat, auf hohem Hof vorbeigeritten, den Lehrer schaut ins Auge nehmend und auf seinen Gruß wartend. Als dieser sich anmaßt, auch nicht zu

grüßen, kommt er zu ihm mit der Bemerkung herangeritten: „Ich wollte Ihnen nur sagen, daß, wenn ich vorbeikomme, Sie mich zu grüßen haben.“ Darauf erwiderte der Lehrer: „Ich kenne es so: Wenn ich hier stehe und Jemand an mir vorbeigeht oder reitet, der Betreffende die Pflicht hat, zu grüßen.“ Indem der erst 22 jährige Gutsherr ihm drohte, sich über ein solches Benehmen bei der vorgelegten Behörde zu beschweren, und der Lehrer ihm dies lächelnd freistellte, suchte der „hohe Herr“ wuthentbrannt schleunigst das Weite.

Ueber ein Stückchen sächsischer Verwaltungsgerechtigkeit wird berichtet: Die fleißige und sonst sehr harmlose Gemeinde Neudorf mit dem Ortsteil Kresscham-Notthenschma am Fuße des Fichtelberges befand sich vor einigen Tagen in größter Aufregung wegen der Maßregelung. Nachdem innerhalb eines Vierteljahres in der königl. Oberförsterei drei Fensterstichein gleich eingeworfen worden waren, verhängte die Amtshauptmannschaft Annaberg auf wiederholte Anzeige des Herrn Oberförstere Schleinig die Polizeistunde über den ganzen ca. 3000 Seelen zählenden Ort, und zwar in der Weise, daß Punkt 10 Uhr Abends sämtliche Gast- und Schankwirtschaften geräumt und geschlossen werden mußten und kein Bewohner ohne „nachweisbar ehrbare“ Gründe sich nach halb elf Uhr noch auf der Straße sehen lassen durfte, widrigenfalls er verhaftet und mit 60 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Haft bestraft werden würde; es sollten sogar zur Unterstüßung des dortigen Gemeinbedieners und der beiden Nachtwächter zwei Landgensdarmen in Zivil für diese Zeit kommandirt gewesen sein. Nach 24 Stunden wurde jedoch und zwar auf „Verwendung des Herrn Oberförstere Schleinig“ das Verbot wieder aufgehoben unter der Bedingung, daß derartige Nothheiten nicht wieder vorkommen und die Gemeinde in Zukunft eines gestifteten Verhaltens sich befleißige. Die Beschränkung der Ausgehfreiheit hätte überhaupt keine Geltung gehabt.

Aus dem heiligen Köln. Vor der Strafkammer hatten sich am Donnerstag zwei verkommene Menschen wegen Verbrechen gegen § 176 Absatz 3 des Strafgesetzbuches zu verantworten. Ein Arbeiter, der aus derselben Veranlassung schon sechsmal und zwar im Ganzen mit 1 1/2 Jahr Gefängnis und 2 Jahren Zuchthaus bestraft war, und nun die That in zwei Fällen an zwei kleinen Mädchen verübt hatte, erhielt drei Jahre Zuchthaus, und ein an Krücken gehender Schuhmacher aus Deutz, der ebenfalls schon mit 18 Monaten Gefängnis vorbestraft ist, 2 Jahre Zuchthaus. In beiden Fällen wurde außerdem auf je 5 Jahre Ehrverlust erkannt. — Eine weitere Verurtheilung wegen Verbrechen gegen § 176 Absatz 3 erfolgte am Sonnabend. Die Strafkammer erkannte gegen den 20jährigen Kanalarbeiter Püllgramm, der mit mehreren Mädchen unter 14 Jahren Unzucht getrieben hatte, auf 8 Monate Gefängnis.

Von einem Richter, der sich selbst wegen Trunkenheit verurtheilte, erzählen amerikanische Blätter: Der Richter Courtright von Winnipeg in Manitoba (Canada) hat seit zwanzig Jahren in jener Stadt das ganze Justizwesen geleitet und sich den Ruf eines unbestechlichen Richters und strengen Vollstreckers der Gesetze erworben. Aus den Gerichtsprotokollen von Winnipeg ergibt sich, daß in den verfloßenen zwanzig Jahren nicht weniger als 5000 Personen unter der Anklage der Trunkenheit vor Courtright geführt und von diesem exemplarisch bestraft wurden. Denn von allen „Verbrechen“ schien das „über den Durst Trinken“ bei dem Richter Courtright die größte Enttäuschung hervorzurufen. Man kann sich also lebhaft denken, wie bestürzt der Richter war, als er — vor Kurzem wars — eines Morgens zu der furchtbaren, niedererschmetternden Ueberzeugung gelangte, daß er selbst in der Nacht vorher einen ganz anständigen Rausch gehabt hatte. Und das war so zugegangen: Herr Courtright hatte den Besuch eines lieben Freundes von Vancouver bekommen, dem er die Sehenswürdigkeiten der Stadt Winnipeg zeigen wollte. Nach jahrelanger Trennung fanden die beiden alten Freunde natürlich ein besonderes Vergnügen daran, so lange als möglich bei Tisch zu sitzen und Jugenderinnerungen auszutauschen; und ebenso natürlich war es, daß zwischen Rede und Gegeurede mehr als ein Gläschen geleert wurde, so daß der Richter, als der Freund von Vancouver etwas unsicheren Schrittes sein Bett aufsuchte, sich in einer so glücklichen Stimmung befand, daß er nicht das Herz hatte, auch schon schlafen zu gehen, sondern es vorzog, noch einen kleinen „Bummel“ durch die Bierhäuser der Stadt zu machen. Als er ins Hotel zurückkehrte, hatte seine Freude einen solchen Grad erreicht, daß er durchaus mit dem Zimmermädchen einen Indianertanz tanzen und dazu eine wilde Kriegshymne der Rothhäute singen wollte. Die Folge war, daß ihn der Hotelbesitzer ansahen und wie ein Wickelfind ins Bett tragen mußte. Tags darauf wurde in Winnipeg die Gerichtssitzung mit bedeutender Verspätung eröffnet, und die Bevölkerung der guten Stadt schien von dem nächtlichen Abenteuer ihres hochverehrten Herrn Richters schon etwas gehört zu haben, denn der Saal war dicht besetzt. Endlich erschien Herr Courtright, setzte eine noch eine noch strengere Amtsmiene auf als gewöhnlich und eröffnete die Sitzung: „Franz Courtright,“ rief er mit fester Stimme, „stehen sie auf.“ Und da er selbst der also Angeredete war, erhob er sich, ohne erst weitere Befehle abzuwarten. „Courtright,“ fuhr der Richter fort, indem er mit etwas unflorter und leise zitternder Stimme das Wort an sich richtete, „Sie haben sich gestern Abend eines verabscheuenswürdigsten Verbrechens schuldig gemacht: Sie sind betrunken gewesen — widersprechen Sie nicht, Sie waren wirklich betrunken — ich bin zu meinem Bedauern gezwungen, Sie zu zwanzig Dollars Geldstrafe zu verurtheilen.“ Im Saale herrschte Grabesstille, man konnte die Fliegen fliegen hören. Da sie aber,“ so schloß der Richter seine Ansprache an sich selbst, „seit zwanzig Jahren ein durchaus tadelloser Leben geführt haben, will ich Ihnen die Strafe gern erlassen.“ Die Zuhörer klatschten Beifall und der Gerichtsdienner rief die zweite Sache auf, die auf dem Gerichtskalender stand.

Sternschau-Biehmarkt
Hamburg, 23. September.
Der Schweinehandel verlief gut.
Fazetteil wurden 140 G. H., davon vom Norden — vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Verkaufschweine, schwere 60—61 Mk., leichte 60 1/2 Mk., Säuen 50—57 Mk. und Ferkel 56—59 Mk. pr. 100 Pfd.